

05.092 s Strafprozessrecht. Vereinheitlichung

Entwurf des Bundesrates

vom 21. Dezember 2005

Neue Anträge des Bundesrates

vom 22. August 2007

**Anträge der Kommission für
Rechtsfragen des Ständerates**

2

**Schweizerische
Jugendstrafprozessordnung
(Jugendstrafprozessordnung, JStPO)**

vom ...

*Die Bundesversammlung der
Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf Artikel 123 Absatz 1 der
Bundesverfassung¹,
nach Einsicht in die Botschaft des
Bundesrates vom 21. Dezember 2005²,

beschliesst:

1. Kapitel: Gegenstand und Grundsätze

Art. 1 Gegenstand

Dieses Gesetz regelt die Verfolgung
und Beurteilung von Straftaten nach
Bundesstrafrecht, die von Jugendlichen
im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 des
Jugendstrafgesetzes vom 20. Juni
2003³ (JStG) verübt worden sind, sowie
den Vollzug der gegen sie verhängten
Sanktionen.

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständerates

Art. 2 Zuständigkeit

Für die Verfolgung und Beurteilung der Straftaten sowie den Vollzug der verhängten Sanktionen sind ausschliesslich die Kantone zuständig.

Art. 3 Anwendbarkeit der Schweizerischen Strafprozessordnung

¹ Enthält dieses Gesetz keine besonderen Bestimmungen, so sind die Bestimmungen der Strafprozessordnung vom ...⁴ (StPO) anwendbar.

² Nicht anwendbar sind die Bestimmungen der StPO über:
a. die Übertretungsstrafbehörde und das Übertretungsstrafverfahren (Art. 17 und Art. 361–364);
b. die Bundesgerichtsbarkeit (Art. 23–29);
c. den Gerichtsstand (Art. 29 und 30) und die besonderen Gerichtsstände im Falle mehrerer Beteiligter (Art. 31) und bei mehreren an verschiedenen Orten verübten Straftaten (Art. 32);
d. die öffentliche Bekanntmachung (Art. 86);
e. das abgekürzte Verfahren (Art. 365–369);
f. das Verfahren bei Anordnung der Friedensbürgschaft (Art. 379–381);
g. das Verfahren bei einer schuldunfähigen beschuldigten Person (Art. 382–383).

³ Kommt die Strafprozessordnung zur Anwendung, so sind deren Bestimmungen im Lichte der Grundsätze von Artikel 4 dieses Gesetzes auszulegen.

Art. 3

¹ Enthält dieses Gesetz keine besondere Regelung, so sind ..

d. Streichen

Bundesrat**Art. 4 Grundsätze**

¹ Für die Anwendung dieses Gesetzes sind der Schutz und die Erziehung der Jugendlichen wegleitend. Alter und Entwicklungsstand sind zu ihren Gunsten zu berücksichtigen.

² Die Strafbehörden achten in allen Verfahrensstadien die Persönlichkeitsrechte der Jugendlichen, hören sie persönlich an und ermöglichen ihnen, sich aktiv am Verfahren zu beteiligen.

³ Sie sorgen dafür, dass das Strafverfahren nicht mehr als nötig in das Privatleben der Jugendlichen und in den Einflussbereich ihrer Eltern oder ihrer anderen gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter eingreift.

⁴ Sie beziehen, wenn es angezeigt scheint, die Inhaberin und den Inhaber der elterlichen Sorge, bei deren Fehlen die anderen gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter oder, wenn diese ein Interventionsrecht hat, die Behörde des Zivilrechts ein.

Art. 5 Verzicht auf Strafverfolgung

¹ Die zuständige Strafbehörde sieht von einer Strafverfolgung ab, wenn:

a. die Voraussetzungen für eine Strafbefreiung nach Artikel 21 Absatz 1 JStG⁵ gegeben sind und Schutzmassnahmen nicht notwendig sind oder die Behörde des Zivilrechts bereits geeignete Massnahmen angeordnet hat;

Neue Anträge des Bundesrates**Art. 4**

¹ ...
... Entwicklungsstand sind angemessen zu berücksichtigen.

² ...
... Jugendlichen und ermöglichen ihnen, sich aktiv am Verfahren zu beteiligen. Vorbehältlich besonderer Verfahrensvorschriften hören sie die Jugendlichen persönlich an.

³ ...
... Einflussbereich ihrer gesetzlichen Vertretung eingreift.

⁴ Sie beziehen, wenn es angezeigt scheint, die gesetzliche Vertretung und die Behörde des Zivilrechts ein.

Art. 5

¹ Die Untersuchungsbehörde, die Jugendstaatsanwaltschaft und das Gericht sehen von einer ...

a. die Voraussetzungen für eine Strafbefreiung nach Artikel 21 JStG⁵ gegeben und Schutzmassnahmen entweder nicht notwendig sind oder die Behörde des Zivilrechts bereits geeignete Massnahmen angeordnet hat; oder

Kommission des Ständerates

Bundesrat

b. ein Vergleich oder eine Mediation erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

² Sie kann von der Strafverfolgung absehen, wenn die Straftat bereits im ausländischen Staat, in dem die oder der Jugendliche den gewöhnlichen Aufenthalt hat, verfolgt wird oder sich dieser Staat bereit erklärt hat, die Straftat zu verfolgen.

³ Im Übrigen ist Artikel 8 StPO⁶ anwendbar.

Neue Anträge des Bundesrates

b. ...

² Streichen

³ Im Übrigen ist Artikel 8 Absätze 2 und 3 StPO⁶ anwendbar.

Kommission des Ständerates

2. Kapitel: Jugendstrafbehörden

Art. 6 Strafverfolgungsbehörden

¹ Strafverfolgungsbehörden sind:

- a. die Polizei;
- b. die Jugendrichterin oder der Jugendrichter;
- c. die Jugendstaatsanwaltschaft.

Art. 6

¹ ...

- b. die Untersuchungsbehörde;
- c. die Jugendstaatsanwaltschaft, sofern das kantonale Recht diese Behörde vorsieht.

^{1bis} Die Kantone bezeichnen als Untersuchungsbehörde

- a. eine oder mehrere Jugendrichterinnen oder einen oder mehrere Jugendrichter; oder
- b. eine oder mehrere Jugandanältinnen oder einen oder mehrere Jugandanwälte.

^{1ter} Die Jugendrichterinnen und Jugendrichter sind Mitglieder des Jugendgerichts. Im Übrigen bleiben die Bestimmungen über die Ablehnung (Art. 10) und den Ausstand (Art. 54-58 StPO⁷) vorbehalten.

Bundesrat

² Die Jugendstaatsanwaltschaft kann vor den Gerichten die Anklage vertreten. In diesem Fall verfasst sie die Anklageschrift.

Art. 7 Erstinstanzliche Gerichte

¹ Gerichtliche Befugnisse erster Instanz haben:
a. die Jugendrichterin oder der Jugendrichter;
b. das Jugendgericht.

² Das Jugendgericht setzt sich zusammen aus dem Präsidenten oder der Präsidentin und zwei Beisitzerinnen oder Beisitzern.

³ Die Jugendrichterin oder der Jugendrichter kann Mitglied des Jugendgerichts sein oder vor diesem Gericht als Jugendstaatsanwältin oder Jugendstaatsanwalt auftreten; vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Unvereinbarkeit und den Ausstand (Art. 10 dieses Gesetzes und Art. 58 StPO⁷).

Neue Anträge des Bundesrates

² Die Jugendanwältinnen und Jugendanwälte vertreten vor dem Jugendgericht die Anklage.

Art. 7 Gerichte

¹ Gerichtliche Befugnisse im Jugendstrafverfahren haben:
a. das Zwangsmassnahmengericht;
b. das Jugendgericht;
c. die Beschwerdeinstanz in Jugendstrafsachen;
d. die Berufungsinstanz in Jugendstrafsachen.

² ...

³ Die Kantone können die Befugnisse der Beschwerdeinstanz der Berufungsinstanz übertragen.

Kommission des Ständerates

Art. 8 Rechtsmittelbehörden

¹ Rechtsmittelbehörden sind:
a. die Jugendrichterin oder der Jugendrichter;
b. das Jugendgericht;
c. die Beschwerdeinstanz in Jugendstrafsachen;
d. die Berufungsinstanz in Jugendstrafsachen.

Art. 8

Streichen (siehe Art. 7)

Bundesrat

² Die Kantone können die Befugnisse der Beschwerdeinstanz der Berufungsinstanz übertragen.

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständerates

Art. 9 Organisation

¹ Organisation und Arbeitsweise der Jugendstrafbehörden richten sich nach kantonalem Recht.

² Die Kantone können interkantonal zuständige Jugendstrafbehörden vorsehen.

Art. 9

¹ Die Kantone regeln Wahl, Zusammensetzung, Organisation, Aufsicht und Befugnisse der Jugendstrafbehörden, soweit dieses Gesetz oder andere Bundesgesetze dies nicht abschliessend regeln.

² (*Betrifft nur den französischen Text*)

³ Sie können Ober- oder Generaljugendanwaltschaften vorsehen.

3. Kapitel: Allgemeine Verfahrensregeln

Art. 10 Unvereinbarkeit

¹ Die Jugendrichterin oder der Jugendrichter kann nicht Mitglied des Jugendgerichts sein, wenn:
a. er oder sie bereits die Untersuchungshaft, die Einweisung zur Beobachtung oder die vorsorgliche Unterbringung verfügt hat;
b. der Sachverhalt umstritten ist;
c. gegen die Jugendrichterin oder den Jugendrichter eine Beschwerde wegen Verfahrenshandlungen während der Untersuchung oder des Vollzugs hängig ist.

Art. 10 Ablehnung

¹ Die oder der urteilsfähige beschuldigte Jugendliche und die gesetzliche Vertretung können innert 20 Tagen seit Zugang des Strafbefehls (Art. 32) bzw. der Anklageschrift (Art. 32a) verlangen, dass die Jugendrichterin oder der Jugendrichter, die oder der bereits die Untersuchung geführt hat, im Hauptverfahren nicht mitwirkt. Die Ablehnung bedarf keiner Begründung.

Bundesrat

² Vorbehalten bleibt die ausdrückliche Zustimmung der oder des beschuldigten Jugendlichen.

Art. 11 Gerichtsstand

¹ Die Verfolgung und Beurteilung der Straftaten ist Sache der Behörde des Ortes, an dem die oder der beschuldigte Jugendliche im Zeitpunkt der Eröffnung des Verfahrens den gewöhnlichen Aufenthalt hat. Die Behörden des Ortes, an dem die Straftat begangen worden ist, nehmen nur die dringend notwendigen Ermittlungshandlungen vor.

² Hat die oder der beschuldigte Jugendliche keinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in der Schweiz, so ist zuständig:
 a. wenn die Tat in der Schweiz begangen worden ist: die Behörde des Ortes der Begehung;
 b. wenn die Tat im Ausland begangen worden ist: die Behörde des Heimatortes der oder des beschuldigten Jugendlichen oder, wenn sie oder er eine ausländische Staatsangehörigkeit hat, die Behörde des Ortes, an dem sie oder er zum ersten Mal wegen der betreffenden Straftat angetroffen worden ist.

Neue Anträge des Bundesrates

² Die oder der urteilsfähige beschuldigte Jugendliche und die gesetzliche Vertretung werden auf dieses Ablehnungsrecht aufmerksam gemacht.

Art. 11

¹ Für die Strafverfolgung ist die Behörde des Ortes zuständig, an dem die oder der beschuldigte Jugendliche bei Eröffnung des Verfahrens seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

² Fehlt ein gewöhnlicher Aufenthalt in der Schweiz, so ist folgende Behörde zuständig:

- a. bei Taten im Inland die Behörde am Ort der Begehung;
- b. bei Taten im Ausland die Behörde des Heimatortes oder, für die ausländische Jugendliche oder den ausländischen Jugendlichen, die Behörde des Ortes, wo sie oder er wegen der Tat erstmals angehalten wurde.

^{2bis} Übertretungen werden am Ort ihrer Begehung verfolgt. Ergeben sich Anhaltspunkte dafür, dass Schutzmassnahmen angeordnet oder geändert werden müssen, so ist die Strafverfolgung der Behörde jenes Ortes zu übertragen, an dem die oder der

Kommission des Ständerates

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständerates

³ Die schweizerische Behörde kann auf Ersuchen der ausländischen Behörde die Strafverfolgung übernehmen, wenn:
a. die Voraussetzungen einer Strafverfolgung nach den Artikeln 4–7 des Strafgesetzbuchs⁸ (StGB) nicht erfüllt sind;
b. die oder der beschuldigte Jugendliche den gewöhnlichen Aufenthaltsort in der Schweiz hat oder Schweizerbürgerin oder -bürger ist; und
c. die im Ausland verübte Tat auch nach schweizerischem Recht strafbar ist.

⁴ In einem Fall nach Absatz 3 wendet die schweizerische Behörde ausschliesslich schweizerisches Recht an.

⁵ Der Vollzug der Sanktionen ist Sache der Behörde des Ortes, an dem das Urteil gefällt worden ist. Abweichende Bestimmungen in Verträgen zwischen den Kantonen bleiben vorbehalten.

Jugendliche seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

- ³ Die zuständige schweizerische Behörde kann ...
- a. die oder der Jugendliche ihren oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz hat oder das Schweizer Bürgerrecht besitzt;
 - b. die oder der Jugendliche im Ausland eine auch nach schweizerischem Recht strafbare Tat begangen hat; und
 - c. die Voraussetzungen für die Strafverfolgung nach den Artikeln 4–7 des Strafgesetzbuches (StGB) nicht erfüllt sind.

⁴ Die zuständige Behörde wendet bei der Strafverfolgung nach Absatz 4 sowie nach den Artikeln 4–7 StGB ausschliesslich schweizerisches Recht an.

⁵ Für den Vollzug ist die Behörde am Ort der Beurteilung zuständig; abweichende Bestimmungen ...

⁶ Kompetenzkonflikte zwischen den Kantonen entscheidet das Bundesstrafgericht.

Bundesrat

Art. 12 Trennung von Verfahren

¹ Verfahren gegen Erwachsene und Jugendliche werden getrennt geführt.

² Auf die Trennung kann ausnahmsweise verzichtet werden, wenn die Untersuchung durch die Trennung erheblich erschwert würde.

Art. 13 Mitwirkung der gesetzlichen Vertretung

¹ Die gesetzliche Vertretung oder gegebenenfalls die Behörde des Zivilrechts hat im Verfahren mitzuwirken, wenn die Jugendstrafbehörde dies anordnet.

² Bei Nichtbefolgung kann die Jugendrichterin oder der Jugendrichter oder das Jugendgericht die gesetzliche Vertretung verwarnen, bei der Vormundschaftsbehörde anzeigen oder ihr eine Ordnungsbusse bis zu 1000 Franken auferlegen. Die Ordnungsbusse kann mit Beschwerde bei der Beschwerdeinstanz angefochten werden.

Art. 14 Vertrauensperson

Die oder der beschuldigte Jugendliche kann in allen Verfahrensstadien eine Vertrauensperson beiziehen, sofern die Interessen der Untersuchung nicht entgegenstehen.

Neue Anträge des Bundesrates

Art. 13

¹ Die gesetzliche Vertretung und die Behörde des Zivilrechts haben im Verfahren ...

² Bei Nichtbefolgung kann die Untersuchungsbehörde oder das Jugendgericht die gesetzliche Vertretung verwarnen, bei der Behörde des Zivilrechts anzeigen oder ihr eine Ordnungsbusse bis zu 1000 Franken auferlegen. Der Bussenentscheid kann mit Beschwerde angefochten werden.

Art. 14

...

... der Untersuchung oder überwiegende private Interessen einem solchen Bezug nicht entgegenstehen.

Kommission des Ständerates

Bundesrat

Art. 15 Ausschluss der Öffentlichkeit

¹ Das Strafverfahren findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Jugendrichterin oder der Jugendrichter und das Jugendgericht können die Öffentlichkeit nach Abschluss des Verfahrens in geeigneter Weise über dessen Ausgang informieren.

² Die Jugendrichterin oder der Jugendrichter und das Jugendgericht können eine öffentliche Verhandlung anordnen, wenn:

- a. die oder der beschuldigte Jugendliche oder die gesetzliche Vertretung dies verlangt oder das öffentliche Interesse es gebietet; und
- b. dies den Interessen der oder des beschuldigten Jugendlichen nicht zuwiderläuft.

Art. 16 Umfang der Akteneinsicht

¹ Die Einsicht in Informationen über die persönlichen Verhältnisse der oder des beschuldigten Jugendlichen kann in ihrem oder seinem Interesse eingeschränkt werden für:

- a. sie oder ihn selber;
- b. die gesetzliche Vertretung;
- c. die Privatklägerschaft;
- d. die Behörde des Zivilrechts.

² Die Verteidigung und die Jugendstaatsanwaltschaft können die gesamten Akten einsehen, dürfen aber von Inhalten, in welche die Einsicht eingeschränkt ist, keine Kenntnis geben.

Neue Anträge des Bundesrates

Art. 15

¹ ...
... statt. Die Untersuchungsbehörde und die Gerichte können die Öffentlichkeit in geeigneter Weise über den Stand und den Abschluss des Verfahrens informieren.

² Das Jugendgericht und die Berufungsinstanz können eine ...

- a. die oder der urteilsfähige beschuldigte Jugendliche oder die ...

Art. 16

² (*Betrifft nur den französischen Text*)

Kommission des Ständерates

Bundesrat

Art. 17 Vergleich

¹ Die Jugendrichterin oder der Jugendrichter und das Jugendgericht können versuchen, zwischen der geschädigten Person und der oder dem beschuldigten Jugendlichen einen Vergleich zu erreichen, insbesondere bei Antragsdelikten und wenn eine Strafbefreiung wegen Wiedergutmachung nach Artikel 53 StGB⁹ in Frage kommt.

² Kommt ein Vergleich zustande oder bleibt die antragstellende Person der Vergleichsverhandlung unentschuldigt fern, so wird das Verfahren eingestellt.

Art. 18 Mediation

¹ Die Jugendrichterin oder der Jugendrichter und das Jugendgericht können das Verfahren jederzeit sistieren und eine auf dem Gebiet der Mediation anerkannte Organisation oder Person mit der Durchführung eines Mediationsverfahrens beauftragen, wenn:
a. Schutzmassnahmen nicht notwendig sind oder die Behörde des Zivilrechts bereits geeignete Massnahmen angeordnet hat;
b. die Voraussetzungen von Artikel 21 Absatz 1 JStG¹⁰ nicht erfüllt sind.

² Gelingt die Mediation, so wird das Verfahren eingestellt.

Neue Anträge des Bundesrates

Art. 17 Vergleich und Wiedergutmachung

¹ Die Untersuchungsbehörde und das Jugendgericht versuchen,
a. zwischen der geschädigten Person und der oder dem beschuldigten Jugendlichen einen Vergleich zu erreichen, soweit Antragsdelikte Gegenstand des Verfahrens sind; oder
b. eine Wiedergutmachung zu erzielen, sofern eine Strafbefreiung nach Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe c JStG⁹ in Frage kommt.

² Streichen

Art. 18

¹ Die Untersuchungsbehörde und die Gerichte können das Verfahren ...

Kommission des Ständерates

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständerates

4. Kapitel: Parteien und Verteidigung

1. Abschnitt: Parteien

Art. 19 Begriff

Parteien sind:

- a. die oder der beschuldigte Jugendliche und ihre oder seine gesetzliche Vertretung;

b. die Privatklägerschaft;

c. die Jugendstaatsanwaltschaft, wenn sie vor Gericht die Anklage vertritt oder gegen ein erstinstanzliches Urteil Berufung einlegt.

Art. 19

Parteien sind:

- a. die oder der beschuldigte Jugendliche;
- ^{a^{bis}}. die gesetzliche Vertretung der oder des beschuldigten Jugendlichen;
- b. die Privatklägerschaft;
- c. im Haupt- und Rechtsmittelverfahren: die Jugendanwältin oder der Jugendanwalt bzw. die Jugendstaatsanwaltschaft.

Art. 20 Beschuldigte Jugendliche oder beschuldigter Jugendlicher

¹ Die oder der beschuldigte Jugendliche wird durch die gesetzliche Vertretung vertreten. Sie oder er verantwortet ihre Handlungen jedoch selbst und kann sich selbständig äussern.

Art. 20

¹ Die oder der beschuldigte Jugendliche handelt durch die gesetzliche Vertretung.

^{1bis} Urteilsfähige beschuldigte Jugendliche können ihre Partierechte selbständig wahrnehmen.

² Die Behörde kann das Recht der oder des beschuldigten Jugendlichen auf Teilnahme an bestimmten Verfahrenshandlungen mit Rücksicht auf Alter und ungestörte Entwicklung beschränken. Diese Beschränkungen gelten nicht für die Verteidigung.

² ...

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständerates

Art. 21 Privatklägerschaft

¹ Die Privatklägerschaft kann an der Untersuchung teilnehmen, wenn dies den Interessen der oder des beschuldigten Jugendlichen nicht zuwiderläuft.

² Sie nimmt an der Hauptverhandlung nicht teil, ausser wenn besondere Umstände es erfordern.

Art. 22 Jugendstaatsanwaltschaft

¹ Die Jugendstaatsanwaltschaft kann an der Hauptverhandlung teilnehmen.

² Sie ist zur Teilnahme verpflichtet, wenn das Gericht sie dazu auffordert.

Art. 22 (*Titel: Betrifft nur den französischen Text*)

Wird die Untersuchung durch eine Jugendrichterin oder einen Jugendrichter geführt, sieht der Kanton eine Jugendstaatsanwaltschaft vor. Die Jugendstaatsanwaltschaft:

- a. erhebt Anklage vor dem Jugendgericht;
- b. kann an der Hauptverhandlung vor dem Jugendgericht und vor der Berufungsinstanz teilnehmen; sie ist dazu verpflichtet, wenn das Gericht sie dazu auffordert;
- c. kann gegen Urteile des Jugendgerichts Berufung einlegen;
- d. vertritt die Anklage vor der Berufungsinstanz;
- e. nimmt jene Aufgaben wahr, welche ihr das kantonale Recht überträgt.

Art. 22a Ober- oder Generaljugandanwaltschaft

Sieht das kantonale Recht eine Ober- oder Generaljugandanwaltschaft vor, sind die Artikel 323, 358 Absatz 1 Buchstabe d und 389 Absatz 2 StPO¹¹ sinngemäss anwendbar.

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständerates

2. Abschnitt: Verteidigung

Art. 23 Wahlverteidigung

¹ Die oder der urteilsfähige beschuldigte Jugendliche ist berechtigt, sich auf jeder Verfahrensstufe selbst zu verteidigen.

² Sie oder er sowie die gesetzliche Vertretung können auch eine Anwältin oder einen Anwalt mit der Verteidigung betrauen.

Art. 24 Notwendige Verteidigung

Die oder der Jugendliche muss verteidigt werden, wenn:

- a. sie oder er eines Verbrechens oder eines schweren Vergehens beschuldigt wird;
- b. sie oder er die eigenen Interessen nicht ausreichend wahren kann und auch die gesetzliche Vertretung dazu nicht in der Lage ist;
- c. Untersuchungs- oder Sicherheitshaft von mehr als 24 Stunden angeordnet worden ist;
- d. sie oder er zur Beobachtung oder vorsorglich in einer Einrichtung untergebracht worden ist;
- e. die Jugendstaatsanwältin oder der Jugendstaatsanwalt an der Hauptverhandlung persönlich auftritt.

Art. 23

¹ Die oder der urteilsfähige beschuldigte Jugendliche sowie die gesetzliche Vertretung können eine Anwältin oder einen Anwalt mit der Verteidigung betrauen.

² Streichen

Art. 24

...

- a. ihr oder ihm ein Freiheitsentzug von mehr als 14 Tagen oder eine Unterbringung droht;
- b. ...
- c. die Untersuchungs- oder Sicherheitshaft mehr als 24 Stunden gedauert hat;
- d. sie oder er vorsorglich in einer Einrichtung untergebracht worden ist;
- e. die Jugendanwältin oder der Jugendanwalt bzw. die Jugendstaatsanwaltschaft an der Hauptverhandlung persönlich auftritt.

Bundesrat	Neue Anträge des Bundesrates	Kommission des Ständerates
Art. 25 Unentgeltliche amtliche Verteidigung	Art. 25 Amtliche Verteidigung	
Sind die oder der beschuldigte Jugendliche und die gesetzliche Vertretung mittellos, so bezeichnet die zuständige Behörde eine unentgeltliche amtliche Verteidigerin oder einen unentgeltlichen amtlichen Verteidiger, wenn: a. die Verteidigung notwendig ist; oder b. besondere Schwierigkeiten des Falles dies rechtfertigen.	<p>¹ Die zuständige Behörde ordnet eine amtliche Verteidigung an, wenn bei notwendiger Verteidigung:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die oder der beschuldigte Jugendliche oder die gesetzliche Vertretung trotz Aufforderung keine Wahlverteidigung bestimmt; b. der Wahlverteidigung das Mandat entzogen wurde oder sie es niedergelegt hat und die oder der beschuldigte Jugendliche oder die gesetzliche Vertretung nicht innert Frist eine neue Wahlverteidigung bestimmt; oder c. die oder der beschuldigte Jugendliche und die gesetzliche Vertretung nicht über die erforderlichen Mittel verfügt. <p>² Die Entschädigung der amtlichen Verteidigung richtet sich nach Artikel 133 StPO¹². Zur Rückerstattung im Sinne von Artikel 133 Absatz 4 StPO können im Rahmen ihrer Unterhaltpflicht auch die Eltern angehalten werden.</p>	
	4a. Kapitel: Zwangsmassnahmen, Schutzmassnahmen und Beobachtungen	
	Art. 25a Zuständigkeit	
	<p>¹ Die Untersuchungsbehörde ist zuständig zur Anordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. jener Zwangsmassnahmen, die gemäss den Bestimmungen der StPO¹³ durch die Staatsanwaltschaft angeordnet werden können; b. der Untersuchungshaft; 	

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständerates

- c. der vorsorglichen Schutzmassnahmen nach den Artikeln 12–15 JStG¹⁴;
- d. der Beobachtung im Sinne von Artikel 9 JStG.

² Das Gericht, bei dem der Fall hängig ist, ist zuständig zur Anordnung der Sicherheitshaft.

³ Das Zwangsmassnahmengericht ist zuständig zur Anordnung oder Genehmigung der übrigen Zwangsmassnahmen.

Art. 25b Untersuchungs- und Sicherheitshaft

¹ Untersuchungs- und Sicherheitshaft werden nur in Ausnahmefällen und erst nach Prüfung sämtlicher Möglichkeiten von Ersatzmassnahmen angeordnet.

² Hat die Untersuchungshaft sieben Tage gedauert und soll diese verlängert werden, stellt die Untersuchungsbehörde ein Verlängerungsgesuch an das Zwangsmassnahmengericht. Dieses entscheidet unverzüglich, spätestens aber innert 48 Stunden nach Eingang des Gesuchs. Das Verfahren richtet sich nach den Artikeln 224 und 225 StPO¹⁵.

³ Das Zwangsmassnahmengericht kann die Untersuchungshaft mehrmals verlängern, doch jeweils um höchstens einen Monat. Das Verfahren richtet sich nach Artikel 226 StPO.

⁴ Die oder der urteilsfähige beschuldigte Jugendliche und die

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständerates

gesetzliche Vertretung können bei der Behörde, welche die Haft angeordnet hat, jederzeit die Entlassung beantragen. Das Verfahren richtet sich nach Artikel 227 StPO.

⁵ Die Anfechtbarkeit der Entscheide des Zwangsmassnahmengerichts richtet sich nach Artikel 221 StPO.

Art. 25c Vollzug der
Untersuchungs- und Sicherheitshaft

¹ Untersuchungs- und Sicherheitshaft werden in einer für Jugendliche reservierten Einrichtung oder in einer besonderen Abteilung einer Haftanstalt vollzogen, wo die Jugendlichen von erwachsenen Inhaftierten getrennt sind. Eine angemessene Betreuung ist sicherzustellen.

² Die Jugendlichen können auf ihr Gesuch hin einer Beschäftigung nachgehen, wenn das Verfahren dadurch nicht beeinträchtigt wird und die Verhältnisse der Einrichtung es erlauben.

³ Für den Vollzug können private Einrichtungen beigezogen werden.

Art. 25d Vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen und Anordnung der Beobachtung

¹ Die vorsorglichen Schutzmassnahmen und die Beobachtung werden schriftlich angeordnet und werden begründet.

² Die stationäre Beobachtung gilt als Untersuchungshaft und ist

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständerates

gleichermaßen auf die Strafe anzurechnen. Die Artikel 25b und 25c sind sinngemäss anwendbar.

5. Kapitel: Verfahren

1. Abschnitt: Untersuchung

Art. 26 Polizei

Ermitteln Polizeiorgane gegen beschuldigte Jugendliche, so unterstehen sie der für die Jugendstrafrechtspflege zuständigen kantonalen Behörde.

Art. 26

Streichen

Art. 27 Jugendrichterin oder Jugendrichter als Untersuchungsbehörde

¹ Die Jugendrichterin oder der Jugendrichter leitet die Strafverfolgung und nimmt alle zur Wahrheitsfindung notwendigen Untersuchungshandlungen vor.

² Während der Untersuchung nimmt sie oder er die Aufgaben wahr, die nach der StPO¹¹ in diesem Verfahrensstadium der Staatsanwaltschaft zukommen.

³ Sie oder er ist zuständig zur Anordnung:

- a. der gesetzlich vorgesehenen Zwangsmassnahmen;
- b. der vorsorglichen Schutzmassnahmen nach den Artikeln 12–15 JStG¹²;
- c. der Beobachtung im Sinne von Artikel 9 JStG.

Art. 27 Untersuchungsbehörde

¹ Die Untersuchungsbehörde leitet die ...

² Während der Untersuchung hat sie die Befugnisse und Aufgaben, die nach der StPO¹⁶ ...

³ *Streichen* (siehe Art. 25a Abs. 1)

Bundesrat

Art. 28 Zusammenarbeit

¹ Bei der Abklärung der persönlichen Verhältnisse der oder des beschuldigten Jugendlichen arbeitet die Jugendrichterin oder der Jugendrichter mit allen Instanzen der Straf- und Zivilrechtspflege, mit den Verwaltungsbehörden, mit öffentlichen und privaten Einrichtungen und mit Personen aus dem medizinischen und sozialen Bereich zusammen; sie oder er holt bei ihnen die nötigen Auskünfte ein.

² Diese Instanzen, Einrichtungen und Personen sind verpflichtet, die verlangten Auskünfte zu erteilen; das Amts- und das Berufsgeheimnis bleiben vorbehalten.

Art. 29 Vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen und Anordnung der Beobachtung

¹ Die vorsorglichen Schutzmassnahmen und die Beobachtung werden schriftlich angeordnet und werden begründet.

² Wird eine stationäre Beobachtung angeordnet, so wird deren Dauer auf eine allfällige Freiheitsstrafe angerechnet.

Art. 30 Untersuchungs- und Sicherheitshaft

¹ Untersuchungs- und Sicherheitshaft werden nur in Ausnahmefällen und erst nach Prüfung sämtlicher Möglichkeiten von Ersatzmassnahmen angeordnet.

Neue Anträge des Bundesrates

Art. 28

¹ ...
... arbeitet die Untersuchungsbehörde mit allen ...

... ; sie holt bei ihnen die nötigen Auskünfte ein.

² ...
... zu erteilen; das Berufsgeheimnis bleibt vorbehalten.

Art. 29

Streichen (siehe Art. 25d)

Art. 30

Streichen (siehe Art. 25b)

Kommission des Ständерates

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständерates

² Die Untersuchungshaft wird von der Jugendrichterin oder dem Jugendrichter angeordnet, die Sicherheitshaft vom Jugendgericht, bei dem der Fall hängig ist.

³ Hat die Untersuchungshaft sieben Tage gedauert, so kann die Jugendrichterin oder der Jugendrichter ein Verlängerungsgesuch an das Jugendgericht stellen. Dieses entscheidet innert drei Tagen nach Eingang des Gesuchs. Untersuchungshaft kann mehrmals verlängert werden, doch jeweils um höchstens einen Monat.

⁴ Die oder der beschuldigte Jugendliche kann jederzeit bei der Behörde, welche die Haft verfügt hat, die Entlassung beantragen. Die Behörde entscheidet innert drei Tagen nach Eingang des Gesuchs.

⁵ Die oder der beschuldigte Jugendliche kann Entscheide nach Absatz 4 anfechten:
a. im Fall der Untersuchungshaft: beim Jugendgericht;
b. im Fall der Sicherheitshaft: bei der Beschwerdeinstanz.

⁶ Das Jugendgericht und die Beschwerdeinstanz führen ein kontradiktorisches Verfahren durch und entscheiden so rasch als möglich.

⁷ Entscheide, mit denen die Untersuchungs- oder Sicherheitshaft angeordnet, verlängert oder bestätigt wird, ergehen schriftlich und werden begründet.

Bundesrat

Art. 31 Vollzug der Untersuchungs- und Sicherheitshaft

¹ Untersuchungs- und Sicherheitshaft werden in einer für Jugendliche reservierten Einrichtung oder in einer besonderen Abteilung einer Haftanstalt vollzogen, wo die Jugendlichen von erwachsenen Inhaftierten getrennt sind. Eine angemessene Betreuung ist sicherzustellen.

² Die Jugendlichen können auf ihr Gesuch hin einer Beschäftigung nachgehen, wenn das Verfahren dadurch nicht beeinträchtigt wird und die Verhältnisse der Einrichtung es erlauben.

Neue Anträge des Bundesrates

Art. 31

Streichen (siehe Art. 25c)

Kommission des Ständерates

Art. 32 Strafbefehlsverfahren

¹ In einem Strafbefehl können Massnahmen und Strafen angeordnet werden, die nicht dem Jugendgericht vorbehalten sind.

² Hat die oder der beschuldigte Jugendliche während der Untersuchung den Sachverhalt eingestanden oder ist dieser anderweitig genügend geklärt und weist der Fall keine besondere Schwere auf, so kann die Jugendrichterin oder der Jugendrichter die Untersuchung abschliessen und einen Strafbefehl erlassen; die Jugendrichterin oder der Jugendrichter kann die beschuldigte Jugendliche oder den beschuldigten Jugendlichen vor Erlass des Strafbefehls einvernehmen.

Art. 32

¹ Die Untersuchungsbehörde schliesst die Untersuchung ab und erlässt einen Strafbefehl, wenn die Beurteilung der Straftat nicht in die Zuständigkeit des Jugendgerichts fällt.

² Die oder der beschuldigte Jugendliche kann vor Erlass des Strafbefehls einvernommen werden.

Art. 31

Streichen (siehe Art. 25c)

Bundesrat

³ Die Jugendrichterin oder der Jugendrichter kann im Strafbefehl auch über nicht bestrittene Zivilforderungen entscheiden.

⁴ Gegen den Strafbefehl kann schriftlich Einsprache erhoben werden; das Verfahren richtet sich nach den Artikeln 33–36.

Neue Anträge des Bundesrates

³ Die Untersuchungsbehörde kann im Strafbefehl auch über Zivilforderungen entscheiden, sofern deren Beurteilung ohne besondere Untersuchung möglich ist.

⁴ Der Strafbefehl wird eröffnet:
a. der oder dem urteilsfähigen beschuldigten Jugendlichen und der gesetzlichen Vertretung;
b. der Privatklägerschaft und den anderen Verfahrensbeteiligten, soweit ihre Anträge behandelt werden;
c. der Jugendstaatsanwaltschaft, sofern das kantonale Recht dies vorsieht.

⁵ Gegen den Strafbefehl können bei der Untersuchungsbehörde innert 10 Tagen schriftlich Einsprache erheben:
a. die oder der urteilsfähige beschuldigte Jugendliche und die gesetzliche Vertretung;
b. die Privatklägerschaft hinsichtlich des Zivilpunktes sowie hinsichtlich der Kosten- und Entschädigungsfolge;
c. weitere Verfahrensbeteiligte, soweit sie in ihren Interessen betroffen sind;
d. die Jugendstaatsanwaltschaft, sofern das kantonale Recht dies vorsieht.

⁶ Im Übrigen richtet sich das Verfahren nach den Artikeln 355–360 StPO¹⁷.

Kommission des Ständerates

¹ Die zuständige Behörde erhebt Anklage vor dem Jugendgericht, wenn sie den Sachverhalt und die persönlichen Verhältnisse der oder des beschuldigten Jugendlichen als

1b. Abschnitt: Anklageerhebung

Art. 32a

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständерates

hinreichend geklärt erachtet und kein Strafbefehl erlassen wurde.

² Für die Anklageerhebung zuständig ist:
a. wenn die Untersuchung durch eine Jugendrichterin oder einen Jugendrichter geführt wurde: die Jugendstaatsanwaltschaft;
b. wenn die Untersuchung durch eine Jugandanwältin oder einen Jugandanwalt geführt wurde: die Jugandanwältin oder der Jugandanwalt.

³ Sie oder er stellt die Anklageschrift zu:
a. der oder dem beschuldigten Jugendlichen und der gesetzlichen Vertretung;
b. dem Privatkläger;
c. dem Jugendgericht, mitsamt den Akten sowie den beschlagnahmten Gegenständen und Vermögenswerten.

2. Abschnitt: Hauptverhandlung

Art. 33 Zuständigkeit

¹ Die Jugendrichterin oder der Jugendrichter beurteilt als erste Instanz im ordentlichen Verfahren alle Straftaten, die:
a. nicht Gegenstand eines Strafbefehls sind;
b. Gegenstand einer Einsprache gegen einen Strafbefehl sind;
c. nicht nach Absatz 2 dem Jugendgericht vorbehalten sind.

² Das Jugendgericht beurteilt als erste Instanz alle Straftaten, für die in Frage kommt:
a. eine Unterbringung;
b. eine Busse von mehr als 1000 Franken;

Art. 33

¹ Das Jugendgericht beurteilt als erste Instanz alle Straftaten, für die in Frage kommt:
a. eine Unterbringung;
b. eine Busse von mehr als 1000 Franken;
c. ein Freiheitsentzug von mehr als drei Monaten.

² Es beurteilt Anklagen im Anschluss an Einsprachen gegen Strafbefehle.

Bundesrat

c. ein Freiheitsentzug von mehr als drei Monaten.

³ Ist das Jugendgericht der Auffassung, eine Straftat falle in die Zuständigkeit der Jugendrichterin oder des Jugendrichters, so kann es diese Straftat selbst beurteilen oder den Fall der Jugendrichterin oder dem Jugendrichter überweisen.

⁴ Die Jugendrichterin oder der Jugendrichter und, wenn ein Straffall bei ihm häufig ist, das Jugendgericht sind für die Anordnung der gesetzlich vorgesehenen Zwangsmassnahmen zuständig.

⁵ Die Jugendrichterin oder der Jugendrichter und das Jugendgericht können über Zivilforderungen entscheiden, deren Beurteilung ohne besondere Untersuchung möglich ist.

Art. 34 Persönliches Erscheinen und Ausschluss

¹ Die oder der beschuldigte Jugendliche und die gesetzliche Vertretung haben an der Hauptverhandlung vor der Jugendrichterin oder dem Jugendrichter, dem Jugendgericht und der Berufungsinstanz persönlich zu erscheinen, wenn sie nicht auf ihr Gesuch hin davon dispensiert worden sind.

² Das Gericht kann die oder den Jugendlichen, die gesetzliche Vertretung und die Vertrauensperson von der Hauptverhandlung ganz oder teilweise ausschliessen.

Neue Anträge des Bundesrates

³ Fällt eine Straftat nach Auffassung des Jugendgerichts in die Zuständigkeit der Untersuchungsbehörde, so kann dieses die Straftat selbst beurteilen oder den Fall der Untersuchungsbehörde zum Erlass eines Strafbefehls überweisen.

⁴ Ist der Straffall bei ihm häufig, ist das Jugendgericht für die Anordnung der gesetzlich vorgesehenen Zwangsmassnahmen zuständig.

⁵ Das Jugendgericht kann auch über Zivilforderungen entscheiden, sofern deren Beurteilung ohne besondere Untersuchung möglich ist.

Art. 34

¹ ...
... Hauptverhandlung vor dem Jugendgericht und der Berufungsinstanz persönlich zu erscheinen, wenn sie nicht davon dispensiert worden sind.

² ...
... ausschliessen, sofern

Kommission des Ständerates

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständерates

überwiegende private oder öffentliche Interessen dies rechtfertigen.

Art. 35 Abwesenheitsverfahren

Das Abwesenheitsverfahren ist nur möglich, wenn:
a. die oder der beschuldigte Jugendliche trotz zweimaliger Vorladung nicht zur Hauptverhandlung erscheint;
b. sie oder er durch die Jugendrichterin oder den Jugendrichter einvernommen worden ist;
c. die Beweislage ein Urteil in ihrer Abwesenheit zulässt; und
d. einzige eine Strafe in Betracht kommt.

Art. 35

- ...
b. sie oder er durch die Untersuchungsbehörde einvernommen worden ist;

Art. 36 Urteilseröffnung und -begründung

¹ Das Urteil ist nach Möglichkeit unmittelbar nach der Beratung mündlich zu eröffnen und zu begründen. Es wird anschliessend schriftlich begründet und zugestellt.

² Von der schriftlichen Begründung und der Zustellung kann abgesehen werden, wenn:
a. das Urteil auf Strafbefreiung oder auf Verweis lautet;
b. die oder der Jugendliche in einer zu Protokoll gegebenen Erklärung auf die schriftliche Urteilseröffnung verzichtet hat; und
c. die Partierechte gewahrt worden sind.

Art. 36

¹ Das Urteil ist nach Möglichkeit mündlich zu eröffnen und zu begründen.

² Das Gericht händigt den Parteien und den anderen Verfahrensbeteiligten am Ende der Hauptverhandlung das Urteilsdispositiv aus oder stellt es ihnen innert 5 Tagen zu.

³ Das Urteil wird schriftlich begründet und zugestellt:
a. der oder dem urteilsfähigen beschuldigten Jugendlichen und der gesetzlichen Vertretung;

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständерates

- b. der Jugendanwältin oder dem Jugendanwalt bzw. der Jugendstaatsanwaltschaft;
- c. der Privatklägerschaft und den anderen Verfahrensbeteiligten, soweit ihre Anträge behandelt werden.

⁴ Das Gericht kann auf eine schriftliche Begründung verzichten, wenn:
a. es das Urteil mündlich begründet und
b. keinen Freiheitsentzug und keine Massnahme verhängt hat.

⁵ Das Gericht stellt den Parteien nachträglich ein begründetes Urteil zu, wenn:
a. eine Partei dies innert 10 Tagen nach Zustellung des Dispositivs verlangt;
b. eine Partei ein Rechtsmittel ergreift.

⁶ Ergreift nur die Privatklägerschaft ein Rechtsmittel, so begründet das Gericht das Urteil nur insoweit, als dieses sich auf das strafbare Verhalten zum Nachteil der Privatklägerschaft oder auf deren Zivilansprüche bezieht.

6. Kapitel: Rechtsmittel

Art. 37 Legimitation

¹ Die oder der urteilsfähige Jugendliche und die gesetzliche Vertretung oder, wo diese fehlt, die Behörde des Zivilrechts können je selbstständig Rechtsmittel ergreifen.

² Die Jugendstaatsanwaltschaft kann Berufung einlegen, wenn sie vor dem erstinstanzlichen Gericht die Anklage vertreten hat.

Art. 37

¹ Zum Ergreifen von Rechtsmitteln sind legitimiert:
a. die oder der urteilsfähige Jugendliche und
b. die gesetzliche Vertretung oder, wo diese fehlt, die Behörde des Zivilrechts.

² Das Recht zur Berufung steht jener Behörde zu, die vor dem Jugendgericht die Anklage vertreten hat.

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständерates

Art. 38 Beschwerde

¹ Über die Beschwerdegründe nach Artikel 401 StPO¹³ hinaus ist die Beschwerde zulässig gegen:

- a. die vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen;
- b. die Anordnung der Beobachtung;
- c. den Entscheid über die Einschränkung der Akteneinsicht.

Art. 38

¹ Die Zulässigkeit der Beschwerde und die Beschwerdegründe richten sich nach Artikel 401 StPO¹⁹.

² Für den Entscheid zuständig ist:

- a. bei Beschwerden gegen Zwangsmassnahmen der Polizei: die Jugendrichterin oder der Jugendrichter;
- b. bei Beschwerden gegen Verfahrenshandlungen der Jugendrichterin oder des Jugendrichters: das Jugendgericht;
- c. bei Beschwerden gegen Verfahrenshandlungen des Jugendgerichts: die Beschwerdeinstanz.

² Für den Entscheid zuständig ist die Beschwerdeinstanz.

^{1bis} Die Beschwerde ist überdies zulässig gegen:

- a. die vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen;
- b. die Anordnung der Beobachtung;
- c. den Entscheid über die Einschränkung der Akteneinsicht;
- d. andere verfahrensleitende Entscheide, sofern sie einen nicht wiedergutzumachenden Nachteil zur Folge haben.

Bundesrat

Art. 39 Berufung

¹ Die Berufungsinstanz entscheidet über:
a. Berufungen gegen erstinstanzliche Urteile der Jugendrichterin oder des Jugendrichters und des Jugendgerichts;
b. die Aussetzung einer vorsorglich angeordneten Schutzmassnahme.

² Ist ein Fall bei der Berufungsinstanz hängig, so ist diese für die Anordnung der gesetzlich vorgesehenen Zwangsmassnahmen zuständig.

Art. 40 Revision

Über Revisionsgesuche entscheidet das Jugendgericht.

7. Kapitel: Vollzug von Sanktionen

Art. 41 Zuständigkeit

¹ Für den Vollzug von Strafen und Massnahmen sind zuständig:
a. die Jugendrichterin oder der Jugendrichter;
b. die Präsidentin oder der Präsident des Jugendgerichts, wenn dieses die Sanktion verhängt hat.

² Für den Vollzug können öffentliche und private Einrichtungen sowie Privatpersonen beigezogen werden.

Neue Anträge des Bundesrates

Art. 39

¹ ...
a. Berufungen gegen erstinstanzliche Urteile des Jugendgerichts;

² (*Betrifft nur den französischen Text*)

Kommission des Ständerates

Art. 41

¹ Für den Vollzug von Strafen und Massnahmen ist die Untersuchungsbehörde zuständig.

² (*Betrifft nur den französischen Text*)

Bundesrat

Art. 42 Rechtsmittel

¹ Es können angefochten werden:

- a. die Änderung der Massnahme;
- b. die Verweigerung oder der Widerruf der bedingten Entlassung;
- c. die Überweisung an eine andere Einrichtung;
- d. die Beendigung der Massnahme.

² Rechtsmittelbehörde ist das Jugendgericht oder, wenn dieses selbst eine Sanktion ausgesprochen hat, die Beschwerdeinstanz.

8. Kapitel: Kosten

Art. 43 Verfahrenskosten

¹ Die Verfahrenskosten werden von dem Kanton getragen, in dem die oder der beschuldigte Jugendliche im Zeitpunkt der Eröffnung des Verfahrens Wohnsitz hatte.

² Sie können ganz oder teilweise der oder dem verurteilten Jugendlichen oder ihren oder seinen Eltern auferlegt werden, wenn sie über die notwendigen Mittel verfügen.

Neue Anträge des Bundesrates

Art. 42

¹ Mittels Beschwerde können angefochten werden:

- a. ...
- b. die Überweisung an eine andere Einrichtung;
- c. die Verweigerung oder der Widerruf der bedingten Entlassung;
- d. ...

² Streichen

Kommission des Ständerates

Art. 43

¹ Die Verfahrenskosten werden von dem Kanton getragen, in dem das Urteil gefällt wurde.

³ Im Übrigen gelten die Artikel 429 ff. StPO²⁰ sinngemäss.

Art. 44 Vollzugskosten

Art. 44

¹ Als Vollzugskosten gelten:

- a. die Kosten des Vollzugs von Schutzmassnahmen und Strafen;
- b. die Kosten einer im Laufe des

Bundesrat

Verfahrens angeordneten Beobachtung oder vorsorglichen Unterbringung.

² Der Kanton, in dem die oder der Jugendliche bei Eröffnung des Verfahrens Wohnsitz hatte, trägt die Kosten des Vollzugs von Schutzmassnahmen und von Beobachtungen.

³ Der Kanton, in dem das Urteil gefällt wurde, trägt die Kosten:
a. des Vollzugs von Schutzmassnahmen und von Beobachtungen für Jugendliche, die in der Schweiz keinen Wohnsitz haben;
b. des Strafvollzugs.

⁴ Vertragliche Regelungen der Kantone über die Kostenverteilung bleiben vorbehalten.

⁵ Die Eltern beteiligen sich im Rahmen ihrer zivilrechtlichen Unterhaltspflicht an den Kosten der Schutzmassnahmen.

⁶ Verfügt die oder der Jugendliche über ein regelmässiges Erwerbseinkommen oder über Vermögen, so kann sie oder er zu einem angemessenen Beitrag an die Vollzugskosten verpflichtet werden.

Neue Anträge des Bundesrates

² ...
... Verfahrens seinen Wohnsitz hatte, trägt sämtliche Vollzugskosten mit Ausnahme der Kosten des Strafvollzugs.

³ Der Urteilstkanton trägt:
a. sämtliche Vollzugskosten für Jugendliche, die in der Schweiz keinen Wohnsitz haben;
b. die Kosten des Strafvollzugs.

⁵ ...
... Kosten der Schutzmassnahmen und Beobachtungen.

Kommission des Ständerates

9. Kapitel: Schlussbestimmungen

1. Abschnitt: Änderung bisherigen Rechts

Art. 45

¹ Die Artikel 6–8, 21 Absatz 3 sowie 38–43 JStG¹⁴ werden aufgehoben.

Art. 45

Bundesrat

² Die Bundesversammlung kann diesem Gesetz widersprechende, aber formell nicht geänderte Bestimmungen in Bundesgesetzen durch eine Verordnung anpassen.

Neue Anträge des Bundesrates

² Das JStG wird wie folgt geändert:

1. *Artikel 16 Absatz 4 (neu):*

Für den Vollzug von Strafen können private Einrichtungen beigezogen werden.

2. *Artikel 27 Absatz 6 (neu):*

Für den Vollzug von Massnahmen können private Einrichtungen beigezogen werden.

³ Das DNA-Profil-Gesetz vom 20. Juni 2003 wird wie folgt geändert:

1. *Artikel 1 Absätze 1 und 3:*

¹ Diese Gesetz regelt:

- a. die Verwendung von DNA-Profilen in Strafverfahren;
- b. die Bearbeitung von DNA-Profilen in einem Informationssystem des Bundes;
- c. die Identifizierung von unbekannten, vermissten oder toten Personen ausserhalb von Strafverfahren mit Hilfe des Vergleichs von DNA-Profilen.

³ *Aufgehoben*

2. *Art. 1a (neu) Geltungsbereich*

Ist die Verfolgung oder Beurteilung einer Straftat durch die Strafprozeßordnung vom ... geregelt, so sind die für Strafverfahren geltenden Bestimmungen des 2. Abschnittes dieses Gesetzes nicht anwendbar.

Kommission des Ständerates

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständerates

3. *Art. 5 Bst. a und c*
Unmittelbar nach Rechtskraft des Urteils kann eine Probe genommen und ein DNA-Profil erstellt werden von Personen:
a. die wegen eines vorsätzlich begangenen Verbrechens zu einer Freiheitsstrafe oder zu einem Freiheitsentzug von mehr als einem Jahr verurteilt worden sind;
c. gegenüber denen eine therapeutische Massnahme (Art. 59 – 63 StGB), eine Verwahrung (Art. 64 StGB²³) oder eine Unterbringung (Art. 15 JStG²⁴) angeordnet worden ist.

4. *Art. 16 Abs. 1 Bst. e, f, g (neu), h (neu) i (neu), j (neu) und k (neu)*

¹ Das Bundesamt löscht die DNA-Profile, die nach den Artikeln 3 und 5 von Personen erstellt worden sind:
e. fünf Jahre nach Ablauf der Probezeit bei bedingtem oder teilbedingtem Strafvollzug;
f. fünf Jahre nach der Zahlung einer Geldstrafe, nach der Beendigung einer gemeinnützigen Arbeit oder nach dem Vollzug einer entsprechenden Umwandlungsstrafe;
g. fünf Jahre nach der Erteilung eines Verweises, nach der Bezahlung einer Busse oder der Beendigung einer persönlichen Leistung nach den Artikeln 22 – 24 JStG²⁵;
h. fünf Jahre nach der Probezeit bei bedingtem Vollzug einer Busse, einer persönlichen Leistung oder eines Freiheitsentzuges nach Artikel 35 JStG;
i. fünf Jahre nach dem Vollzug einer Schutzmassnahme gemäss den Artikeln 12 - 14 JStG;

Bundesrat

Neue Anträge des Bundesrates

Kommission des Ständерates

j. zehn Jahre nach dem Vollzug eines Freiheitsentzuges nach Artikel 25 JStG;
k. zehn Jahre nach der Beendigung des Vollzugs einer Unterbringung nach Artikel 15 JStG.

5. Art. 17 Abs. 1

¹ In den Fällen nach Artikel 16 Absätze 1 Buchstaben e bis k und 4 holt das Bundesamt die Zustimmung der zuständigen richterlichen Behörde ein. Diese kann die Zustimmung verweigern, wenn der konkrete Verdacht auf ein nicht verjährtes Verbrechen oder Vergehen nicht behoben ist oder eine Wiederholungstat befürchtet wird.

⁴ Die Bundesversammlung kann diesem Gesetz widersprechende, aber formell nicht geänderte Bestimmungen in Bundesgesetzen durch eine Verordnung anpassen.

2. Abschnitt: Übergangsbestimmungen

Art. 46 Anwendbares Recht

¹ Verfahren und Vollzugsmassnahmen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes hängig sind, werden nach neuem Recht fortgeführt, soweit die nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes vorsehen.

² Verfahrenshandlungen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes angeordnet oder durchgeführt worden sind, behalten ihre Gültigkeit.

Art. 46

¹ Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes hängige Verfahren und laufende Vollzugsmassnahmen werden nach neuem Recht fortgeführt, ...

Bundesrat**Art. 47** Zuständigkeit

¹ Verfahren und Vollzugsmassnahmen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes hängig sind, werden von den nach neuem Recht zuständigen Behörden weitergeführt, soweit die nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes vorsehen.

² Konflikte über die Zuständigkeit zwischen Behörden des gleichen Kantons entscheidet die Beschwerdeinstanz in Jugendstrafsachen des jeweiligen Kantons, solche zwischen Behörden verschiedener Kantone das Bundesstrafgericht. Der Entscheid ist nicht selbstständig anfechtbar.

Art. 48 Erstinstanzliches Hauptverfahren

¹ Ist bei Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Verfahren vor einem Jugendgericht hängig und liegt einer der in Artikel 10 Absatz 1 geregelten Fälle vor, so kann die Jugendrichterin oder der Jugendrichter an der Verhandlung nur teilnehmen, wenn die oder der Jugendliche der Teilnahme ausdrücklich zugestimmt hat.

² Ist beim Inkrafttreten dieses Gesetzes die Hauptverhandlung vor einem Einzelgericht oder einem Kollegialgericht bereits eröffnet, so wird sie nach bisherigem Recht, vom bisher zuständigen erstinstanzlichen Gericht, fortgeführt.

Neue Anträge des Bundesrates**Art. 47**

¹ Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes hängige Verfahren und laufende Vollzugsmassnahmen werden von den nach neuem Recht ...

² (*Betrifft nur den französischen Text*)

Art. 48

¹ ...
...
hängig, so kann die Jugendrichterin oder der Jugendrichter an der Hauptverhandlung nur teilnehmen, wenn ...

² (*Betrifft nur den französischen Text*)

Kommission des Ständerates

Bundesrat

Art. 49 Abwesenheitsverfahren

¹ Abwesenheitsverfahren, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgenommen worden sind, werden nach bisherigem Recht fortgesetzt.

² Kennt das kantonale Recht kein Abwesenheitsverfahren, so ist neues Recht anwendbar.

Art. 50 Rechtsmittel

¹ Ist ein Entscheid vor Inkrafttreten dieses Gesetzes gefällt worden, so können dagegen die Rechtsmittel nach bisherigem Recht ergriffen werden. Diese werden nach bisherigem Recht, von den nach bisherigem Recht zuständigen Behörden, beurteilt.

² In Kantonen, die keine Rechtsmittelmöglichkeiten vorsehen, gilt neues Recht.

³ Im Übrigen ist Artikel 459 Absatz 2 StPO¹⁵ anwendbar.

Art. 51 Vorbehalt der Verfahrensgrundsätze nach neuem Recht

In Fällen, in denen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes altes Recht zur Anwendung kommt, tragen die Behörden den Grundsätzen dieses Gesetzes Rechnung; sie achten insbesondere auf die Einhaltung der Verfahrensgrundsätze betreffend:

- a. den Verzicht auf Strafverfolgung (Art. 5);
- b. die Unvereinbarkeit (Art. 10 Abs. 1);
- c. die Mitwirkung der gesetzlichen

Neue Anträge des Bundesrates

Art. 49

¹ (*Betrifft nur den französischen Text*)

Art. 50

¹ (*Betrifft nur den französischen Text*)

² Steht gegen den Entscheid kein Rechtsmittel zur Verfügung, richtet sich seine Anfechtbarkeit nach den Bestimmungen des neuen Rechts.

Art. 51

...

Kommission des Ständerates

Bundesrat

Vertretung (Art. 13);
d. die Parteistellung (Art. 19);
e. die Verteidigung der oder des Jugendlichen (Art. 23–25);
f. die Untersuchungs- und die Sicherheitshaft (Art. 30–31).

Neue Anträge des Bundesrates

d. (*Betrifft nur den französischen Text*)
e. ...
f. die Untersuchungs- und die Sicherheitshaft (Art. 25b und 25c).

Kommission des Ständerates

Art. 52 **Vollzug**

¹ Der Vollzug von Schutzmassnahmen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes ihrem Ende zugehen, kann durch die nach bisherigem Recht zuständige Behörde abgeschlossen werden. Die Behörde prüft jedoch in jedem Fall, ob eine Übertragung an die nach diesem Gesetz zuständige Behörde angebracht erscheint.

² Wird bei Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Beobachtung oder eine vorläufige Unterbringung durchgeführt, so richtet sich der Vollzug nach neuem Recht.

Art. 52

¹ (*Betrifft nur den französischen Text*)

² (*Betrifft nur den französischen Text*)

3. Abschnitt: Referendum und Inkrafttreten

Art. 53

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

1 SR 101

2 BBI 2006 1085

3 SR ...; AS ... (BBI 2003 4445)

4 SR ...; AS ... (BBI 2006 1389)

5 SR ...; AS ... (BBI 2003 4445)

6 SR ...; AS ... (BBI 2006 1389)

7 SR ...; AS ... (BBI 2006 1389)

8 SR 311.0; AS ... (BBI 2002 8240)

9 SR 311.0; AS ... (BBI 2002 8240)

10 SR ...; AS ... (BBI 2003 4445)

11 SR ...; AS ... (BBI 2006 1389)

12 SR ...; AS ... (BBI 2003 4445)

13 SR ...; AS ... (BBI 2006 1389)

14 SR ...; AS ... (BBI 2003 4445)

15 SR ...; AS ... (BBI 2006 1389)

05.092 é Procédure pénale. Unification

Projet du
Conseil fédéral

du 21 décembre 2005

Nouvelles propositions du
Conseil fédéral

du 22 août 2007

Propositions de la Commission des affaires
juridiques du Conseil des Etats

du

2

**Loi fédérale
sur la procédure pénale applicable aux
mineurs
(Procédure pénale applicable aux
mineurs, PPMin)**

du ...

*Maintenir au projet du Conseil fédéral, sauf
observation contraire*

*L'Assemblée fédérale de la Confédération
suisse,*

vu l'art. 123, al. 1, de la Constitution¹,
vu le message du Conseil fédéral du 21
décembre 2005²,

arrête:

Chapitre 1 Objet et principes

Art. 1 **Objet**

La présente loi régit la poursuite et le
jugement d'infractions au droit pénal fédéral
commises par des mineurs au sens de
l'art. 3, al. 1, du droit pénal des mineurs du
20. juin 2003 (DPMin)³, ainsi que l'exécution
des sanctions prononcées à l'encontre de
ceux-ci.

Conseil fédéral

**Nouvelles propositions du
Conseil fédéral**

Commission du Conseil des Etats

Art. 2 Compétence

La poursuite et le jugement des infractions, ainsi que l'exécution des sanctions relèvent de la compétence exclusive des cantons.

Art. 3 Applicabilité du code de procédure pénale **Art. 3**

¹ Sauf dispositions particulières de la présente loi, les dispositions du code de procédure pénale du ... (CPP)⁴ s'appliquent.

² Ne sont pas applicables les dispositions du CPP portant sur:

- a. les autorités pénales compétentes en matière de contraventions et la procédure pénale en matière de contravention (art. 17 et 361 à 364);
- b. la juridiction fédérale (art. 23 à 29);
- c. les fors (art. 29 et 30) ainsi que les fors spéciaux en cas d'implication de plusieurs personnes (art. 31) et en cas d'infractions commises en des lieux différents (art. 32);
- d. la publication officielle (art. 86);
- e. la procédure simplifiée (art. 365 à 369);
- f. la procédure en matière de cautionnement préventif (art. 379 à 381);
- g. la procédure à l'égard de prévenus irresponsables (art. 382 et 383).

¹ (*Ne concerne que le texte allemand*)

² ...

d. Biffer

³ Lorsque le CPP s'applique, ses dispositions doivent être interprétées à la lumière des principes définis à l'art. 4.

Conseil fédéral	Nouvelles propositions du Conseil fédéral	Commission du Conseil des Etats
Art. 4 Principes	Art. 4	
¹ La protection et l'éducation du mineur sont déterminantes dans l'application de la présente loi. L'âge et le degré de développement du mineur doivent peser en sa faveur.	¹ doivent être pris en compte de manière appropriée.	
² Les autorités pénales respectent les droits de la personnalité du mineur à tous les stades de la procédure; elles l'entendent personnellement et lui permettent de participer activement à la procédure.	² procédure et lui permettent de participer activement à celle-ci. Sous réserve de dispositions de procédure particulières, elles l'entendent personnellement.	
³ Elles veillent à ce que la procédure pénale n'empiète pas au-delà du nécessaire sur la vie privée du mineur et sur la sphère d'influence de ses parents ou de ses représentants légaux.	³ d'influence de ses représentants légaux.	
⁴ Lorsque cela paraît indiqué, elles impliquent les détenteurs de l'autorité parentale, en l'absence de ceux-ci les autres représentants légaux ou l'autorité civile si cette dernière a un droit de regard sur le mineur.	⁴ impliquent les représentants légaux ou l'autorité civile.	
Art. 5 Renonciation à toute poursuite pénale	Art. 5	
¹ L'autorité pénale compétente renonce à toute poursuite pénale: a. si les conditions d'exemption prévues à l'art. 21, al. 1, DPM ⁵ sont remplies et qu'il n'y a pas lieu de prendre des mesures de protection ou si l'autorité civile a déjà ordonné des mesures appropriées; b. après une conciliation ou une médiation aboutie.	¹ L'autorité d'instruction, le ministère public des mineurs ou le tribunal renonce ...: a. si les conditions d'exemption prévues à l'art. 21 DPM ⁵ sont remplies et s'il n'y a pas lieu de prendre des mesures de protection ou que l'autorité civile a déjà ordonné des mesures appropriées, ou b. ...	

Conseil fédéral***Nouvelles propositions du Conseil fédéral******Commission du Conseil des Etats***

² Elle peut renoncer à engager une poursuite pénale si l'infraction est déjà poursuivie dans l'Etat étranger où le mineur a sa résidence habituelle ou si cet Etat s'est déclaré prêt à la poursuivre.

³ Au surplus, l'art. 8 CPP⁶ s'applique.

² *Biffer*

³ Au surplus, l'art. 8, al. 2 et 3, CPP s'applique.

Chapitre 2 Autorités pénales des mineurs

Art. 6 Autorités de poursuite pénale

¹ Sont des autorités de poursuite pénale:

- a. la police;
- b. le juge des mineurs;
- c. le procureur des mineurs.

¹ ...

- b. l'autorité d'instruction;
- c. le ministère public des mineurs, lorsque le droit cantonal prévoit cette institution.

^{1bis} Les cantons désignent en tant qu'autorité d'instruction:

- a. un ou plusieurs juges des mineurs, ou
- b. un ou plusieurs procureurs des mineurs.

^{1ter} Le juge des mineurs est membre du tribunal des mineurs. Au surplus, les dispositions concernant la récusation (art. 10 de la présente loi et art. 54 à 58 CPP) sont réservées.

² Le procureur des mineurs peut soutenir l'accusation devant les tribunaux. Dans ce cas, il dresse l'acte d'accusation.

² Le procureur des mineurs soutient l'accusation devant le tribunal des mineurs.

Art. 7 Tribunaux de première instance

¹ Ont des attributions judiciaires de première instance:

Art. 7 Tribunaux

¹ Ont des attributions judiciaires dans le cadre de la procédure pénale des mineurs:

Conseil fédéral	Nouvelles propositions du Conseil fédéral	Commission du Conseil des Etats
a. le juge des mineurs; b. le tribunal des mineurs.	a. le tribunal des mesures de contrainte; b. le tribunal des mineurs; c. l'instance de recours des mineurs; d. la juridiction d'appel des mineurs.	

² Le tribunal des mineurs se compose d'un président et de deux assesseurs.

³ Le juge des mineurs peut être membre du tribunal des mineurs ou peut intervenir devant ce tribunal en tant que procureur des mineurs; les dispositions sur l'incompatibilité de fonction et sur la récusation s'appliquent (art. 10 de la présente loi et 58 CPP⁷).

Art. 8 Autorités de recours

¹ Sont des autorités de recours:

- a. le juge des mineurs;
- b. le tribunal des mineurs;
- c. l'instance de recours des mineurs;
- d. la juridiction d'appel des mineurs.

² Les cantons peuvent confier les attributions de l'instance de recours à la juridiction d'appel.

Art. 9 Organisation

¹ L'organisation et le fonctionnement des autorités pénales des mineurs sont régis par le droit cantonal.

² Les cantons peuvent instaurer des autorités pénales des mineurs à compétence intercantionale.

Art. 8

Biffer (voir art. 7)

Art. 9

¹ Les cantons fixent les modalités d'élection des autorités pénales des mineurs, ainsi que la composition, l'organisation, la surveillance et les compétences desdites autorités, à moins que ces questions soient réglées exhaustivement par la présente loi ou d'autres lois fédérales.

² Ils peuvent ...

Conseil fédéral***Nouvelles propositions du
Conseil fédéral******Commission du Conseil des Etats***

³ Ils peuvent instituer un premier procureur des mineurs ou un procureur général des mineurs à la tête des procureurs des mineurs au sens de l'art. 6, al. 1^{bis}, let. b.

Chapitre 3 Règles générales de procédure**Art. 10 Incompatibilité de fonction**

¹ Le juge des mineurs ne peut pas être membre du tribunal des mineurs:
 a. s'il a ordonné la détention provisoire, l'observation ou le placement à titre provisionnel du mineur;
 b. si les faits sont contestés;
 c. si un recours contre des actes de procédure qu'il a effectués pendant l'instruction ou l'exécution est pendant.

² Le consentement exprès du prévenu mineur est réservé.

Art. 10 Récusation

¹ Le prévenu mineur capable de discernement et ses représentants légaux peuvent demander, dans les 20 jours suivant l'ordonnance pénale (art. 32) ou le dépôt de l'acte d'accusation (art. 32a), que le juge des mineurs qui a mené l'instruction ne participe pas aux débats. Ils ne sont pas tenus de motiver leur demande de récusation.

² Ils sont informés de leur droit de récusation.

Art. 11 For

¹ Est compétente pour la poursuite et le jugement d'une infraction l'autorité du lieu où le prévenu mineur a sa résidence habituelle lors de l'ouverture de la procédure. L'autorité du lieu où l'infraction a été commise n'effectue que les actes d'instruction urgents.

² Si le prévenu mineur n'a pas de résidence habituelle en Suisse, est compétente:
 a. lorsque l'infraction a été commise en Suisse: l'autorité du lieu où elle a été commise;
 b. lorsque l'infraction a été commise à l'étranger: l'autorité du lieu d'origine du

Art. 11

¹ La poursuite des infractions ressortit à l'autorité du lieu où le prévenu mineur a sa résidence habituelle lors de l'ouverture de la procédure.

² ...
 a. l'autorité du lieu où l'infraction a été commise, lorsqu'elle a été commise en Suisse;
 b. l'autorité du lieu d'origine du prévenu mineur ou, s'il est étranger, l'autorité du

Conseil fédéral

prévenu mineur ou, s'il est étranger, l'autorité du lieu où il a été appréhendé pour la première fois en raison de l'infraction.

Nouvelles propositions du Conseil fédéral

lieu où il a été appréhendé pour la première fois en raison de l'infraction, lorsque l'infraction a été commise à l'étranger.

Commission du Conseil des Etats

^{2bis} Les contraventions sont poursuivies au lieu où elles ont été commises. Si des indices laissent supposer qu'il convient d'ordonner ou de modifier des mesures de protection, l'action pénale est déléguée à l'autorité du lieu où le prévenu mineur a sa résidence habituelle.

³ L'autorité suisse peut se charger de la poursuite pénale sur requête de l'autorité étrangère:

- a. si les conditions d'une poursuite pénale en vertu des art. 4 à 7 du code pénal (CP)⁸ ne sont pas remplies;
- b. si le prévenu mineur a sa résidence habituelle en Suisse ou qu'il est de nationalité suisse; et
- c. si l'infraction commise à l'étranger est également réprimée par le droit suisse;

⁴ Dans les cas prévus à l'al. 3, l'autorité suisse applique exclusivement le droit suisse.

⁵ L'autorité du lieu où le jugement a été rendu est compétente pour l'exécution des sanctions. Sont réservées les dérogations prévues par des conventions intercantonautes.

³ L'autorité suisse compétente peut se charger de la poursuite sur requête de l'autorité étrangère:

- a. si le prévenu mineur a sa résidence habituelle en Suisse ou qu'il est de nationalité suisse;
- b. s'il a commis à l'étranger une infraction réprimée également par le droit suisse, et
- c. si les conditions d'une poursuite en vertu des art. 4 à 7 du code pénal (CP) ne sont pas remplies.

⁴ L'autorité compétente applique exclusivement le droit suisse si le prévenu mineur est poursuivi en vertu de l'al. 4 ou des art. 4 à 7 CP.

⁵ L'exécution ressortit à l'autorité du lieu où le jugement a été rendu, sous réserve des dispositions de conventions intercantonautes.

⁶ Le Tribunal pénal fédéral tranche s'il y a conflit de compétence entre les cantons.

Art. 12 Disjonction des procédures

¹ Les procédures concernant des majeurs et des mineurs sont disjointes.

Conseil fédéral***Nouvelles propositions du Conseil fédéral******Commission du Conseil des Etats***

² A titre exceptionnel, il peut être renoncé à la disjonction des procédures, si cette disjonction est de nature à rendre l'instruction notamment plus difficile.

Art. 13 Participation des représentants légaux

¹ Les représentants légaux ou, le cas échéant, l'autorité civile, sont tenus de participer à la procédure si l'autorité pénale des mineurs l'ordonne.

² S'ils ne s'exécutent pas, le juge des mineurs ou le tribunal des mineurs peut donner un avertissement aux représentants légaux, les dénoncer à l'autorité tutélaire ou leur infliger une amende d'ordre de 1000 francs au plus. L'amende d'ordre peut faire l'objet d'un recours auprès de l'autorité de recours des mineurs.

Art. 14 Personne de confiance

Le prévenu mineur peut faire appel à une personne de confiance à tous les stades de la procédure, à moins que l'intérêt de l'instruction ne s'y oppose.

Art. 15 Huis clos

¹ La procédure pénale se déroule à huis clos. Au terme de la procédure, le juge des mineurs ou le tribunal des mineurs peut informer le public de l'issue de la procédure sous une forme appropriée.

Art. 13

¹ Les représentants légaux et l'autorité civile sont tenus ...

² S'ils ne s'exécutent pas, l'autorité d'instruction ou le tribunal ...

... dénoncer à l'autorité civile ou leur infliger une amende d'ordre de 1000 francs au plus. L'amende d'ordre peut faire l'objet d'un recours.

Art. 14

...

...
l'instruction ou un intérêt privé prépondérant ne s'y oppose.

Art. 15

¹ ...
...
clos. L'autorité d'instruction et les tribunaux peuvent informer le public de l'état d'avancement et de l'issue ...

Commission du Conseil des Etats

Conseil fédéral

² Le juge des mineurs ou le tribunal des mineurs peut ordonner des audiences publiques si:
a. le prévenu mineur ou ses représentants légaux l'exigent ou l'intérêt public le commande; et
b. cela ne nuit pas aux intérêts du prévenu mineur.

Art. 16 Etendue de la consultation du dossier

¹ Dans l'intérêt du prévenu mineur, le droit de consulter des informations sur sa situation personnelle peut être restreint pour:
a. le mineur lui-même;
b. les représentants légaux;
c. la partie plaignante;
d. l'autorité civile.

² Le défenseur et le procureur des mineurs peuvent consulter tout le dossier, mais ne sont pas autorisés à en divulguer le contenu dans la mesure où le droit de le consulter a été restreint.

Art. 17 Conciliation

¹ Le juge des mineurs ou le tribunal des mineurs peut, notamment pour les infractions poursuivies sur plainte et lorsqu'une exemption de peine au titre de l'art. 53 CP⁹ entre en ligne de compte, tenter d'obtenir un arrangement à l'amiable entre le lésé et le prévenu mineur.

² La procédure est classée si la conciliation aboutit ou si le plaignant fait défaut sans excuse lors de l'audience.

Nouvelles propositions du Conseil fédéral

² Le tribunal des mineurs et la juridiction d'appel peuvent ordonner une audience publique si:
a. le prévenu mineur capable de discernement ou ses représentants légaux l'exigent ou si l'intérêt public le commande, et que
b.

Art. 16

² Le défenseur et le ministère public des mineurs au sens de l'art. 6, al. 1, let. c, peuvent ...

Commission du Conseil des Etats**Art. 17** Conciliation et réparation

¹ L'autorité d'instruction et le tribunal des mineurs tentent:
a. d'aboutir à une conciliation entre le lésé et le prévenu mineur lorsque la procédure porte sur une infraction poursuivie sur plainte;
b. d'obtenir une réparation lorsqu'une exemption de peine au titre de l'art. 21, al. 1, let. c, DPMin entre en ligne de compte.

² *Biffer*

Conseil fédéral

**Nouvelles propositions du
Conseil fédéral**

Commission du Conseil des Etats

Art. 18 Médiation

¹ Le juge des mineurs ou le tribunal des mineurs peut en tout temps suspendre la procédure et charger une organisation ou une personne reconnue dans le domaine de la médiation d'engager une procédure de médiation:

- a. s'il n'y a pas lieu de prendre des mesures de protection ou que l'autorité civile a déjà ordonné les mesures appropriées;
- b. si les conditions fixées à l'art. 21, al. 1, DPMin¹⁰ ne sont pas remplies.

² Si la médiation aboutit, la procédure est classée.

Art. 18

¹ L'autorité d'instruction et les tribunaux peuvent en tout temps ...

Chapitre 4 Parties et défense

Section 1 Parties

Art. 19 Définition

Ont qualité de partie:

a. le prévenu mineur et ses représentants légaux;

b. la partie plaignante;

c. le procureur des mineurs, lorsqu'il soutient l'accusation devant le tribunal ou qu'il fait appel contre un jugement de première instance.

Art. 19

...

a. le prévenu mineur;

^{a_{bis}}. ses représentants légaux;

b. ...

c. le ministère public des mineurs ou le procureur des mineurs, aux débats ou dans la procédure de recours.

Art. 20 Prévenu mineur

¹ Le prévenu mineur est représenté par ses représentants légaux. Toutefois, il répond lui-même de ses actes et peut s'exprimer de manière indépendante.

Art. 20

¹ Le prévenu mineur agit au travers de ses représentants légaux.

Conseil fédéral

**Nouvelles propositions du
Conseil fédéral**

Commission du Conseil des Etats

- ^{1bis} S'il est capable de discernement, il peut exercer de manière indépendante les droits de partie.
- ² L'autorité peut restreindre le droit du prévenu mineur de participer à certains actes de procédure, compte tenu de son âge et afin de préserver le développement de sa personnalité. Cette restriction ne s'applique pas à la défense.

Art. 21 Partie plaignante

¹ La partie plaignante peut participer à l'instruction si les intérêts du prévenu mineur ne s'y opposent pas.

² Elle ne participe pas aux débats, sauf si des circonstances particulières l'exigent.

Art. 22 Procureur des mineurs

¹ Le procureur des mineurs peut participer aux débats.

² Il est tenu d'y participer si le tribunal l'exige.

Art. 22 Ministère public des mineurs

¹ Lorsque l'instruction est menée par un juge des mineurs, le canton institue un ministère public des mineurs. Celui-ci :

- a. engage l'accusation devant le tribunal des mineurs ;
- b. peut participer aux débats devant le tribunal des mineurs et devant la juridiction d'appel ; il est tenu d'y participer si le tribunal l'exige ;
- c. peut faire appel contre les jugements du tribunal des mineurs ;
- d. soutient l'accusation devant la juridiction d'appel ;
- e. accomplit les tâches prévues par le droit cantonal.

Conseil fédéral

**Nouvelles propositions du
Conseil fédéral**

Commission du Conseil des Etats

Art. 22a Premier procureur des mineurs ou procureur général des mineurs

Si le droit cantonal prévoit un premier procureur des mineurs ou un procureur général des mineurs, les art. 323, 358, al. 1, let. d, et 389, al. 2, CPP sont applicables par analogie.

Section 2 Défense

Art. 23 Défense privée

¹ Le prévenu mineur capable de discernement a le droit, à tous les stades de la procédure, de se défendre lui-même.

² Le prévenu mineur, ainsi que ses représentants légaux, peuvent aussi charger un avocat de sa défense.

Art. 23

¹ Le prévenu mineur capable de discernement et ses représentants légaux peuvent charger un avocat de la défense.

² *Biffer*

Art. 24 Défense obligatoire

Le prévenu mineur doit avoir un défenseur:
a. s'il est prévenu d'un crime ou d'un délit grave;

b. s'il ne peut pas suffisamment défendre ses intérêts et que ses représentants légaux ne sont pas en mesure de le faire;
c. si une détention provisoire ou une détention pour des motifs de sûreté de plus de 24 heures a été ordonnée;
d. s'il est placé en observation ou dans un établissement à titre provisionnel;
e. si le procureur des mineurs intervient personnellement aux débats.

Art. 24

...
a. s'il est possible d'une privation de liberté de plus de quatorze jours ou d'un placement;
b.

c. si la détention provisoire ou la détention pour des motifs de sûreté a duré plus de 24 heures;
d. s'il est placé dans un établissement à titre provisionnel;
e. si le ministère public des mineurs ou le procureur des mineurs intervient personnellement aux débats.

<i>Conseil fédéral</i>	<i>Nouvelles propositions du Conseil fédéral</i>	<i>Commission du Conseil des Etats</i>
Art. 25 Défense gratuite	Art. 25 Défense d'office	
L'autorité compétente désigne un défenseur d'office gratuit lorsque si le prévenu mineur et ses représentants légaux sont indigents: a. si la défense est obligatoire, ou b. si la difficulté particulière de la cause le justifie.	<p>¹ L'autorité compétente désigne un défenseur d'office lorsque le prévenu mineur doit avoir un défenseur et que :</p> <ul style="list-style-type: none"> a. lui ou ses représentants légaux n'ont pas choisi de défenseur malgré une sommation; b. le défenseur s'est vu retirer son mandat ou l'a abandonné et que le prévenu mineur ou ses représentants légaux n'ont pas chargé un nouvel avocat de la défense, ou c. le prévenu mineur et ses représentants légaux ne disposent pas des ressources financières nécessaires. <p>² L'indemnisation du défenseur d'office est régie par l'art. 133 CPP. Les parents peuvent être soumises à l'obligation de rembourser prévue à l'art. 133, al. 4, CPP au titre de leur obligation d'entretien.</p>	
Chapitre 4a Mesures de contraintes, mesures de protection et observation		
	Art. 25a Compétence	
	<p>¹ L'autorité d'instruction est compétente pour ordonner:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. les mesures de contraintes qui peuvent être ordonnées par le ministère public aux termes du CPP; b. la détention provisoire; c. à titre provisionnel, les mesures de protection prévues aux art. 12 à 15 DPMin; d. l'observation au sens de l'art. 9 DPMin. <p>² Le tribunal devant lequel la cause est pendante est compétent pour ordonner la détention pour des motifs de sûreté.</p> <p>³ Le tribunal des mesures de contrainte est compétent pour ordonner ou autoriser les autres mesures de contrainte.</p>	

Conseil fédéral

**Nouvelles propositions du
Conseil fédéral**

Commission du Conseil des Etats

Art. 25b Détention provisoire et
détention pour des motifs de sûreté

¹ La détention provisoire et la détention pour des motifs de sûreté ne sont prononcées qu'à titre exceptionnel et seulement si toutes les possibilités de mesures de substitution ont été examinées.

² Si la détention provisoire a duré sept jours et doit être prolongée, l'autorité d'instruction adresse une demande de prolongation au tribunal des mesures de contrainte. Celui-ci statue sans délai, au plus tard dans les 48 heures à compter de la réception de la demande. La procédure est régie par les art. 224 et 225 CPP.

³ Le tribunal des mesures de contrainte peut prolonger la détention provisoire plusieurs fois, mais pour un mois au plus à chaque fois. La procédure est régie par l'art. 226 CPP.

⁴ Le prévenu mineur capable de discernement et ses représentants légaux peuvent en tout temps demander la mise en liberté du mineur à l'autorité qui a ordonné sa détention. La procédure est régie par l'art. 227 CPP.

⁵ Le recours contre les prononcés du tribunal des mesures de contrainte est régi par l'art. 221 CPP.

Art. 25c Exécution de la détention provisoire et de la détention pour des motifs de sûreté

¹ La détention provisoire et la détention pour des motifs de sûreté sont exécutées dans un établissement réservé aux mineurs ou dans une division particulière

Conseil fédéral

**Nouvelles propositions du
Conseil fédéral**

Commission du Conseil des Etats

d'une maison d'arrêts, où les mineurs sont séparés des détenus adultes. Une prise en charge appropriée est assurée.

² Le prévenu mineur peut, à sa demande, avoir une occupation si la procédure n'en est pas entravée et si la situation dans l'établissement le permet.

³ L'exécution peut être confiée à des établissements privés.

Art. 25d Mesures ordonnées à titre provisionnel et observation

¹ Les mesures de protection à titre provisionnel et l'observation sont ordonnées par écrit et motivées.

² L'observation institutionnelle est considérée comme détention provisoire et imputée à ce titre sur la peine. Les art. 25b et 25c sont applicables par analogie.

Chapitre 5 Procédure

Section 1 Instruction

Art. 26 Police

Les organes de police sont subordonnés à l'autorité cantonale de la juridiction pénale des mineurs lorsqu'ils mènent une enquête sur des prévenus mineurs.

Art. 26

Biffer

Art. 27 Juge des mineurs comme autorité d'instruction

¹ Le juge des mineurs dirige la poursuite pénale et effectue tous les actes de procédure nécessaires à l'établissement de la vérité.

Art. 27 Autorité d'instruction

¹ L'autorité d'instruction dirige ...

Conseil fédéral***Nouvelles propositions du Conseil fédéral******Commission du Conseil des Etats***

² Lors de l'instruction, il effectue les tâches que le CPP¹¹ attribue au ministère public à ce stade de la procédure.

³ Il est compétent pour ordonner:
 a. les mesures de contrainte prévues par la loi;
 b. à titre provisionnel les mesures de protection prévues aux art. 12 à 15 DPMin¹²;
 c. l'observation au sens de l'art. 9 DPMin.

Art. 28 Collaboration

¹ Lors de l'examen de la situation personnelle du prévenu mineur, le juge des mineurs collabore avec toutes les autorités judiciaires pénales et civiles, les autorités administratives, les établissements publics et privés et les personnes actives dans le domaine médical ou social; il requiert d'eux les renseignements dont il a besoin.

² Ces autorités, établissements et personnes sont tenus de fournir les renseignements demandés; le secret de fonction et le secret professionnel sont réservés.

Art. 29 Mesures ordonnées à titre provisionnel et observation

¹ Les mesures de protection à titre provisionnel et l'observation sont ordonnées par écrit et motivées.

² Si l'observation institutionnelle est ordonnée, sa durée est imputée sur une éventuelle peine privative de liberté.

² Lors de l'instruction, elle exerce les compétences et effectue ...

³ *Biffer* (voir art. 25a, al. 1)

Art. 28

¹ ...
 ... mineur, l'autorité d'instruction collabore ...

... ou social; elle requiert d'eux les renseignements dont elle a besoin.

² ...

... demandés; le secret professionnel est réservé.

Art. 29

Biffer (voir art. 25d)

Conseil fédéral

Art. 30 Détention provisoire et détention pour des motifs de sûreté

¹ La détention provisoire et la détention pour des motifs de sûreté ne sont prononcées qu'à titre exceptionnel et seulement si toutes les possibilités de mesures de substitution ont été examinées.

² La détention provisoire est prononcée par le juge des mineurs et la détention pour des motifs de sûreté par le tribunal des mineurs devant lequel la cause est pendante.

³ Si la détention provisoire a duré sept jours, le juge des mineurs peut adresser une demande de prolongation au tribunal des mineurs. Celui-ci statue dans les trois jours à compter de la réception de la demande. La détention provisoire peut être prolongée plusieurs fois, mais pour un mois au plus à chaque fois.

⁴ Le prévenu mineur peut en tout temps demander sa mise en liberté à l'autorité qui a ordonné sa détention. L'autorité statue dans les trois jours à compter de la réception de la demande.

⁵ Le prévenu mineur peut recourir contre une décision selon l'al. 4:
a. en cas de détention provisoire, devant le tribunal des mineurs;
b. en cas de détention pour des motifs de sûreté, devant l'autorité de recours des mineurs.

⁶ Le tribunal des mineurs et l'autorité de recours des mineurs conduisent une procédure contradictoire et statuent aussi vite que possible.

Nouvelles propositions du Conseil fédéral

Art. 30

Biffer (voir art. 25b)

Commission du Conseil des Etats

Conseil fédéral

⁷ Les décisions ordonnant, confirmant ou prolongeant la détention provisoire ou la détention pour des motifs de sûreté sont rendues par écrit et motivées.

Art. 31 Exécution de la détention provisoire et de la détention pour des motifs de sûreté

¹ La détention provisoire et la détention pour des motifs de sûreté sont exécutées dans un établissement réservé aux mineurs ou dans une division particulière d'une maison d'arrêts, où les mineurs sont séparés des détenus adultes. Une prise en charge appropriée est assurée.

² Le prévenu mineur peut, à sa demande, avoir une occupation si la procédure n'en est pas entravée et si la situation dans l'établissement le permet.

Nouvelles propositions du Conseil fédéral

Commission du Conseil des Etats

Art. 31

Biffer (voir art. 25c)

Art. 32 Ordonnance pénale

¹ L'ordonnance pénale peut ordonner les mesures et les peines qui ne sont pas réservées au tribunal des mineurs.

² Si, durant l'instruction, le prévenu mineur a admis les faits ou que ceux-ci sont suffisamment établis d'une autre manière et si l'affaire ne revêt pas une gravité particulière, le juge des mineurs peut clore l'instruction en rendant une ordonnance pénale; le juge des mineurs peut interroger le prévenu mineur avant de rendre l'ordonnance pénale.

Art. 32

¹ L'autorité d'instruction clôture l'instruction en rendant une ordonnance pénale si le jugement de l'infraction n'est pas de la compétence du tribunal des mineurs.

² Elle peut interroger le prévenu mineur avant de rendre l'ordonnance pénale.

Section 1a Procédure de l'ordonnance pénale

Conseil fédéral

³ Le juge des mineurs peut statuer dans l'ordonnance pénale sur des prétentions civiles qui ne sont pas contestées.

⁴ L'ordonnance pénale peut faire l'objet d'une opposition formée par écrit. La procédure est régie par les art. 33 à 36.

Nouvelles propositions du Conseil fédéral

³ Elle peut statuer dans l'ordonnance pénale sur des prétentions civiles qui ne nécessitent pas d'instruction particulière.

⁴ L'ordonnance pénale est notifiée:
a. au prévenu mineur capable de discernement et à ses représentants légaux;
b. à la partie plaignante et aux autres participants à la procédure, si leurs conclusions ont été traitées;
c. au ministère public des mineurs, si le droit cantonal le prévoit.

⁵ Peuvent faire opposition par écrit à l'ordonnance pénale, dans les dix jours:
a. le prévenu mineur capable de discernement et ses représentants légaux;
b. la partie plaignante, en ce qui concerne les aspects civils et les frais et indemnités;
c. les autres participants à la procédure, s'ils sont touchés dans leurs intérêts;
d. le ministère public des mineurs, si le droit cantonal le prévoit.

⁶ Au surplus, la procédure est régie par les art. 355 à 360 CPP.

Commission du Conseil des Etats

Section 1b Mise en accusation

Art. 32a

¹ L'autorité compétente engage l'accusation devant le tribunal des mineurs si elle considère que les faits et la situation personnelle du prévenu mineur sont établis de manière suffisante et qu'une ordonnance pénale n'a pas été rendue.

² La mise en accusation relève de la compétence:
a. du ministère public des mineurs si

Conseil fédéral

**Nouvelles propositions du
Conseil fédéral**

Commission du Conseil des Etats

l'instruction a été menée par un juge des mineurs;
b. du procureur des mineurs s'il a mené lui-même l'instruction.

³ L'autorité compétente notifie l'acte d'accusation:
a. au prévenu mineur et à ses représentants légaux;
b. à la partie plaignante;
c. au tribunal des mineurs, avec le dossier et les objets et valeurs patrimoniales séquestrés.

Section 2 Débats

Art. 33 Compétence

¹ Le juge des mineurs juge en première instance les infractions qui:

- a. ne font pas l'objet d'une ordonnance pénale;
- b. font l'objet d'une opposition à une ordonnance pénale;
- c. ne sont pas réservées au tribunal des mineurs en vertu de l'al. 2.

² Le tribunal des mineurs juge en première instance les infractions pour lesquelles entrent en ligne de compte:

- a. un placement;
- b. une amende de plus de 1000 francs;
- c. une peine privative de liberté de plus de trois mois."

³ Si le tribunal des mineurs estime que le jugement d'une infraction relève de la compétence du juge des mineurs, il peut la juger lui-même ou transmettre l'affaire au juge des mineurs.

Art. 33

¹ Le tribunal des mineurs juge en première instance les infractions pour lesquelles entrent en ligne de compte:

- a. un placement;
- b. une amende de plus de 1000 francs;
- c. une peine privative de liberté de plus de trois mois.

² Il juge les accusations consécutives à une opposition contre une ordonnance pénale.

³ Si le tribunal des mineurs estime que le jugement d'une infraction relève de la compétence de l'autorité d'instruction, il peut la juger lui-même ou transmettre l'affaire à l'autorité d'instruction pour qu'elle rende une ordonnance pénale.

Conseil fédéral	<i>Nouvelles propositions du Conseil fédéral</i>	<i>Commission du Conseil des Etats</i>
------------------------	---	---

⁴ Le juge des mineurs ou, lorsqu'il est saisi, le tribunal des mineurs est compétent pour ordonner les mesures de contrainte prévues par la loi.

⁵ Le juge des mineurs et le tribunal des mineurs peuvent statuer sur les préentions civiles si elles ne nécessitent pas d'instruction particulière.

Art. 34 Comparution personnelle et exclusion

¹ Le prévenu mineur et ses représentants légaux sont tenus de comparaître personnellement aux débats devant le juge des mineurs, le tribunal des mineurs et l'autorité d'appel des mineurs, sauf s'ils en ont été dispensés à leur demande.

² Le prévenu mineur, ses représentants légaux ou sa personne de confiance peuvent être exclus de tout ou partie des débats.

Art. 35 Procédure par défaut

La procédure par défaut n'est possible que:

- a. si le prévenu mineur ne se présente pas aux débats malgré deux citations;
- b. s'il a été interrogé par le juge des mineurs;
- c. si les preuves réunies permettent de rendre un jugement en son absence; et
- d. si seule une peine est envisagée.

⁴ Lorsqu'il est saisi, il est compétent pour ordonner les mesures de contrainte prévues par la loi.

⁵ Il peut statuer sur les préentions civiles si elles ne nécessitent pas d'instruction particulière.

Art. 34

¹ ...

... devant le tribunal des mineurs et la juridiction d'appel des mineurs, sauf s'ils en ont été dispensés.

² ...

... débats, lorsque des intérêts publics ou privés prépondérants le justifient.

Art. 35

...

- b. s'il a été interrogé par l'autorité d'instruction;

Conseil fédéral

Art. 36 Communication et motivation

¹ Dans la mesure du possible, le jugement est communiqué et motivé oralement directement après les délibérations. Il est ensuite notifié et motivé par écrit.

² Il peut être renoncé à la motivation et la notification écrites du jugement si:
a. le jugement conclut à une exemption de peine ou à une réprimande;
b. le prévenu mineur a renoncé à la notification écrite du jugement par une déclaration consignée au procès-verbal; et
c. les droits des parties ont été respectés.

Nouvelles propositions du Conseil fédéral

Art. 36

¹ ...
... motivé oralement.

² Le tribunal remet le dispositif du jugement aux parties et aux autres participants à la procédure à l'issue des débats ou le leur notifie dans les cinq jours.

Commission du Conseil des Etats

³ Le jugement est notifié et motivé par écrit :

- a. au prévenu mineur capable de discernement et à ses représentants légaux;
- b. au procureur des mineurs ou au ministère public des mineurs;
- c. à la partie plaignante et aux autres participants à la procédure, lorsque leurs conclusions ont été traitées.

⁴ Le tribunal peut renoncer à une motivation écrite:

- a. s'il motive le jugement par oral, et
- b. s'il n'a pas prononcé de privation de liberté ni de mesure.

⁵ Le tribunal notifie ultérieurement le jugement motivé aux parties si l'une d'elles:

- a. l'a demandé dans les dix jours suivant la notification du dispositif, ou
- b. a formé un recours.

⁶ Si la partie plaignante est seule à former un recours, le tribunal ne motive le jugement que dans la mesure où il concerne le comportement punissable à

Conseil fédéral

**Nouvelles propositions du
Conseil fédéral**

Commission du Conseil des Etats

l'origine du préjudice subi par la partie plaignante ou les prétentions civiles de celle-ci.

Chapitre 6 Voies de recours

Art. 37 Qualité pour recourir

¹ Le prévenu mineur capable de discernement et ses représentants légaux ou, en leur absence, l'autorité civile, peuvent recourir séparément.

² Le procureur des mineurs a qualité pour faire appel lorsqu'il a soutenu l'accusation devant le tribunal de première instance.

Art. 37

¹ Ont qualité pour recourir :
a. le prévenu mineur, et
b. ses représentants légaux ou, en leur absence, l'autorité civile.

² L'autorité qui a soutenu l'accusation devant le tribunal des mineurs a qualité pour faire appel.

³ Au surplus, l'art. 390, al. 1 à 3, CPP est applicable.

Art. 38 Recours

¹ En plus des motifs de recours selon l'art. 401 CPP¹³, le recours est recevable contre:
a. les mesures de protection ordonnées à titre provisionnel;
b. l'observation;
c. la décision de restreindre la consultation du dossier.

Art. 38

¹ La recevabilité et les motifs des recours sont régis par l'art. 401 CPP.

^{1bis} De plus, le recours est recevable contre:
a. les mesures de protection ordonnées à titre provisionnel;
b. l'observation;
c. le prononcé relatif à la restriction de la consultation du dossier ;
d. les autres prononcés rendus par la direction de la procédure, lorsqu'il en résulte un inconvénient qui ne peut être réparé.

Conseil fédéral

² Sont compétents pour statuer:
a. sur les recours contre des mesures de contrainte de la police: le juge des mineurs;
b. sur les recours contre des actes de procédure du juge des mineurs: le tribunal des mineurs;
c. sur les recours contre des actes de procédure du tribunal des mineurs: l'autorité de recours des mineurs.

Art. 39 Appel

¹ L'autorité d'appel des mineurs statue sur:
a. les appels interjetés contre des jugements rendus en première instance par le juge des mineurs ou le tribunal des mineurs;
b. la suspension d'une mesure de protection ordonnée à titre provisionnel.

² Lorsqu'elle est saisie, l'autorité d'appel des mineurs est compétente pour ordonner les mesures de contrainte prévues par la loi.

Art. 40 Révision

Le tribunal des mineurs statue sur les demandes de révision.

Chapitre 7 Exécution

Art. 41 Compétence

¹ Sont compétents pour l'exécution des peines et des mesures:
a. le juge des mineurs;
b. le président du tribunal des mineurs, si celui-ci a prononcé la sanction.

Nouvelles propositions du Conseil fédéral

² L'instance de recours statue sur les recours.

Commission du Conseil des Etats

Art. 39

¹ La juridiction d'appel des mineurs statue sur:
a. les appels formés contre des jugements rendus en première instance par le tribunal des mineurs;
b....

² Lorsqu'elle est saisie, la juridiction d'appel des mineurs ...

Art. 41

¹ L'exécution des peines et des mesures relève de la compétence de l'autorité d'instruction.

Conseil fédéral

**Nouvelles propositions du
Conseil fédéral**

Commission du Conseil des Etats

² Ils peuvent faire appel à des établissements publics ou privés et à des particuliers.

Art. 42 Voies de recours

¹ Peuvent faire l'objet d'un recours:

- a. le changement de mesure;
- b. le refus ou la révocation de la libération conditionnelle;
- c. le transfert dans un autre établissement;
- d. la fin de la mesure.

² L'autorité de recours est le tribunal des mineurs ou l'autorité de recours des mineurs si celui-ci a prononcé la sanction.

Chapitre 8 Frais

Art. 43 Frais de procédure

¹ Les frais de procédure sont supportés par le canton dans lequel le prévenu mineur a son domicile lors de l'ouverture de la procédure.

² Ils peuvent être entièrement ou partiellement mis à la charge du mineur condamné ou de ses parents si ceux-ci disposent des moyens nécessaires.

Art. 42

¹ Peuvent faire l'objet d'un recours:

- a. ...
- b. le transfert dans un autre établissement;
- c. le refus ou la révocation de la libération conditionnelle;

² *Biffer*

Art. 43

¹ ...

... dans lequel le jugement a été rendu.

³ Au surplus, les art. 429 ss CPP sont applicables par analogie.

Art. 44 Frais d'exécution

¹ Sont réputés frais d'exécution:

- a. les frais de l'exécution des mesures de

Art. 44

Conseil fédéral

protection et des peines;
b. les frais occasionnés par l'observation ou le placement à titre provisionnel ordonnés pendant la procédure.

² Le canton dans lequel le prévenu mineur a son domicile lors de l'ouverture de la procédure supporte les frais de l'exécution des mesures de protection et d'observations.

³ Le canton dans lequel le jugement a été rendu supporte les frais:
a. de l'exécution des mesures de protection et d'observations du prévenu mineur qui n'a pas de domicile en Suisse;
b. de l'exécution des peines.

⁴ Les réglementations contractuelles des cantons sur la répartition des frais sont réservées.

⁵ Les parents participent aux frais des mesures de protection dans les limites de leur obligation d'entretien au sens du droit civil.

⁶ Si le prévenu mineur dispose d'un revenu régulier de par son travail ou d'une fortune, il peut être astreint à participer dans une juste proportion aux frais d'exécution.

Nouvelles propositions du Conseil fédéral

² ...
... les frais d'exécution,
exceptés les frais de l'exécution des peines.

³ ...
... rendu supporte:
a. l'ensemble des frais d'exécution lorsque le prévenu mineur n'a pas de domicile en Suisse;
b. les frais de l'exécution des peines.

⁵ ...
... de protection et de l'observation au titre de leur obligation d'entretien au sens du droit civil.

Commission du Conseil des Etats

Chapitre 9 Dispositions finales

Section 1 Modification du droit en vigueur

Art. 45

Art. 45

¹⁴ Les art. 6 à 8, 21, al. 3, et 38 à 43 DPMIn¹⁴ sont abrogés.

Conseil fédéral

² L'Assemblée fédérale peut adapter par voie d'ordonnance les dispositions de lois fédérales qui, bien que contraires à la présente loi, n'ont pas été formellement modifiées par celle-ci.

Nouvelles propositions du Conseil fédéral

² Le DPMIn est modifié comme suit:

1. *Art. 16, al. 4 (nouveau)*

⁴ L'exécution des mesures peut être confiée à des établissements privés.

2. *Art. 27, al. 6 (nouveau)*

⁶ L'exécution des mesures peut être confiée à des établissements privés

³ La loi du 20 juin 2003 sur les profils d'ADN est modifiée comme suit:

1. *Art. 1, al. 1 et 3*

¹ La présente loi règle:

- a. l'utilisation des profils d'ADN dans des procédures pénales;
- b. le traitement des profils d'ADN dans un système d'information fédéral;
- c. l'identification par la comparaison de profils d'ADN des personnes inconnues, disparues ou décédées, hors d'une procédure pénale.

³ abrogé

2. *Art. 1a (nouveau)* Champ d'application

Lorsque la poursuite ou le jugement d'une infraction est régi par le code de procédure pénale du ..., les dispositions de la section 2 de la présente loi concernant les procédures pénales ne s'appliquent pas.

3. *Art. 5, let. a et c*

Immédiatement après l'entrée en force du jugement, un échantillon peut être prélevé et un profil d'ADN établi sur les personnes:
a. qui ont été condamnées à une peine

Commission du Conseil des Etats

Conseil fédéral

**Nouvelles propositions du
Conseil fédéral**

Commission du Conseil des Etats

privative de liberté ou à une privation de liberté de plus d'une année pour un crime commis intentionnellement;
c. contre lesquelles une mesure thérapeutique (art. 59 à 63 CP3), l'internement (art. 64 CP) ou le placement (art. 15 du droit pénal des mineurs) a été prononcé.

4. *Art. 16, al. 1, let. e, f, g (nouvelle), h (nouvelle), i (nouvelle), j (nouvelle), k (nouvelle)*

¹ L'office efface les profils d'ADN de personnes établis en vertu des art. 3 et 5:
e. cinq ans après l'expiration du délai d'épreuve en cas de sursis ou de sursis partiel à l'exécution de la peine;
f. cinq ans après le paiement d'une peine pécuniaire ou la cessation d'un travail d'intérêt général ou, si ces peines sont muées en peine privative de liberté de substitution ou converties, cinq ans après l'exécution;
g. cinq ans après une réprimande, le paiement d'une amende ou la fin d'une prestation personnelle au sens des art. 22 à 24 du droit pénal des mineurs;
h. cinq ans après l'expiration du délai d'épreuve en cas de sursis à l'exécution d'une amende, d'une prestation personnelle ou d'une privation de liberté au sens de l'art. 35 du droit pénal des mineurs;
i. cinq ans après l'exécution d'une mesure de protection au sens des art. 12 à 14 du droit pénal des mineurs;
j. dix ans après l'exécution d'une privation de liberté au sens de l'art. 25 du droit pénal des mineurs;
k. dix ans après la cessation d'un placement au sens de l'art. 15 du droit pénal des mineurs.

Conseil fédéral

**Nouvelles propositions du
Conseil fédéral**

Commission du Conseil des Etats

5. Art. 17, al. 1

¹ Dans les cas visés à l'art. 16, al. 1, let. e à k, et 4, l'office soumet l'effacement à l'approbation de l'autorité judiciaire compétente. Celle-ci peut refuser s'il subsiste un soupçon concret relatif à un crime ou à un délit non prescrit ou s'il y a lieu de craindre une récidive.

⁴ L'Assemblée fédérale peut adapter par voie d'ordonnance les dispositions de lois fédérales qui, bien que contraires à la présente loi, n'ont pas été formellement modifiées par celle-ci.

Section 2 Dispositions transitoires

Art. 46 Droit applicable

¹ Les procédures et les mesures d'exécution pendantes au moment de l'entrée en vigueur de la présente loi se poursuivent selon le nouveau droit, à moins que les dispositions qui suivent en disposent autrement.

² Les actes de procédure ordonnés ou accomplis avant l'entrée en vigueur de la présente loi conservent leur validité.

Art. 46

¹ Les procédures pendantes et les mesures d'exécution en cours au moment ...

Art. 47 Compétence

¹ Les procédures et les mesures d'exécution pendantes au moment de l'entrée en vigueur de la présente loi se poursuivent devant les autorités compétentes selon le nouveau droit à moins que les dispositions qui suivent en disposent autrement.

Art. 47

¹ Les procédures pendantes et les mesures d'exécution en cours au moment ...

Conseil fédéral***Nouvelles propositions du Conseil fédéral******Commission du Conseil des Etats***

² Les conflits de compétences entre autorités d'un même canton sont tranchés par l'autorité de recours des mineurs de ce canton; ceux qui opposent des autorités de cantons différents sont tranchés par le Tribunal pénal fédéral. Cette décision n'est pas attaquable séparément par la voie du recours.

Art. 48 Procédure de première instance

¹ Si au moment de l'entrée en vigueur de la présente loi, la procédure est pendante devant un tribunal des mineurs et qu'un des cas prévus à l'art. 10, al. 1, est réalisé, le juge des mineurs ne pourra participer aux débats qu'avec le consentement exprès du mineur.

² Si au moment de l'entrée en vigueur de la présente loi, les débats sont déjà en cours devant le juge unique ou devant un tribunal collégial, ils se poursuivent selon l'ancien droit, devant le tribunal de première instance compétent jusqu'alors.

Art. 49 Procédure par défaut

¹ Lorsque la procédure par défaut a été ouverte avant l'entrée en vigueur de la présente loi, elle est poursuivie par l'ancien droit.

² Si le droit cantonal ne connaît pas de procédure par défaut, le nouveau droit s'applique.

² ...
... tranchés
par l'instance de recours ...

... fédéral. Ce prononcé n'est
pas attaquable ...

Art. 48

¹ ...
... un tribunal des mineurs, le juge des mineurs ne peut participer aux débats qu'avec le consentement exprès du mineur.

² ...
... en cours
devant un juge unique ou un tribunal collégial, ils se poursuivent selon l'ancien droit, devant le juge ou le tribunal de première instance compétent jusqu'alors.

Art. 49

¹ ...
... poursuivie selon l'ancien droit.

Conseil fédéral**Art. 50** Voies de recours

¹ Les décisions rendues avant l'entrée en vigueur de la présente loi peuvent faire l'objet de recours selon l'ancien droit. Ceux-ci sont examinés selon l'ancien droit par les autorités compétentes sous l'empire de ce droit.

² Pour les cantons qui ne connaissaient pas de possibilités de recours, les recours sont régis par le nouveau droit.

³ Au surplus, l'art. 459, al. 2, CPP¹⁵ s'applique.

Nouvelles propositions du Conseil fédéral**Art. 50**

¹ Un prononcé rendu avant l'entrée en vigueur de la présente loi peut faire l'objet d'un recours selon l'ancien droit. Celui-ci est examiné selon l'ancien droit par l'autorité compétente sous l'empire de ce dernier.

² Si l'ancien droit ne prévoit pas de voie de recours, le prononcé peut faire l'objet d'un recours selon le nouveau droit.

Commission du Conseil des Etats**Art. 51** Principes de procédure du nouveau droit réservés

Lorsque l'ancien droit s'applique après l'entrée en vigueur de la présente loi, les autorités tiennent compte des principes de la présente loi; elles veillent en particulier au respect des principes procéduraux suivants:

- a. la renonciation à toute poursuite pénale (art. 5);
- b. l'incompatibilité de fonction (art. 10, al. 1);
- c. la participation des représentants légaux (art. 13);
- d. la qualité des parties (art. 19);
- e. la défense du mineur (art. 23 à 25);
- f. la détention provisoire et la détention pour des motifs de sûreté (art. 30 à 31).

Art. 51

...

Art. 52 Exécution

¹ L'exécution des mesures de protection qui touchent à leur fin à l'entrée en vigueur pourra être menée à terme par l'autorité

Art. 52

¹ ...
... en vigueur
de la présente loi peut être menée à terme

Conseil fédéral

compétente selon l'ancien droit. Celle-ci examinera toutefois dans chaque cas si un transfert à l'autorité compétente selon la présente loi est opportun.

² En cas d'observation ou de placement à titre provisionnel en cours au moment de l'entrée en vigueur de la présente loi, le nouveau droit s'applique à l'exécution.

Section 3 Référendum et entrée en vigueur

Art. 53

¹ La présente loi est sujette au référendum.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

Nouvelles propositions du Conseil fédéral

par l'autorité compétente en vertu de l'ancien droit. Celle-ci examine toutefois dans chaque cas si une délégation à l'autorité compétente en vertu de la présente loi est opportun.

² Lorsqu'une observation ou un placement à titre provisionnel est en cours ...

Commission du Conseil des Etats

¹ RS 101

² FF 2006 1057

³ RS ...; RO ... (FF 2003 3990)

⁴ RS ...; RO ... (FF 2006 1373)

⁵ RS ...; RO ... (FF 2003 3990)

⁶ RS ...; RO ... (FF 2006 1373)

⁷ RS ...; RO ... (FF 2006 1373)

⁸ RS 311.0; RO ... (FF 2002 7658)

⁹ RS 311.0; RO ... (FF 2002 7658)

¹⁰ RS ...; RO ... (FF 2003 3990)

¹¹ RS ...; RO ... (FF 2006 1373)

¹² RS ...; RO ... (FF 2003 3990)

¹³ RS ...; RO ... (FF 2006 1373)

¹⁴ RS ...; RO ... (FF 2003 3990)

¹⁵ RS ...; RO ... (FF 2006 1373)